

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

8. Auflage u. Verteilung: Drag II, Neuland 16 • Tel. 20705, 21409, Nachdruck: (22 21 107) • 33536 • Postfach: 37544

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

12 Jahrgang.

Freitag, 18. November 1932

Nr. 272.

Umgruppierung der Reaktion:

Kabinetts von Papen zurückgetreten.

Getarntes Präsidialkabinetts oder Putsch der Junker.

Berlin, 17. November. (Eigenbericht.) Der Reichspräsident hat heute um 6 Uhr abends die ihm vom Reichkanzler angebotene Gesamtdemission des Kabinetts angenommen. Morgen wird der Reichspräsident die Führer des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten empfangen.

Die Sozialdemokraten wurden zu den Besprechungen nicht geladen, weil man ihnen Ton und Inhalt ihres Schreibens an den Kanzler übergeben hat und sie für die Lösungsversuche Hindenburgs ohnehin nicht in Betracht kommen.

Andererseits hat sich allerdings Herr Hitler verhalten, der deshalb zur Belohnung beim Reichspräsidenten erscheinen darf. Nach 24 Stunden Bedenkzeit hat er Herrn von Papen eine höfliche Antwort erteilt und darin vier Bedingungen gestellt, unter denen er die Politik des Reichkanzlers unterstützen wolle. Der Brief kam allerdings so spät, daß er die Demission des Kabinetts nicht mehr verhindern konnte.

Es hat nicht den Anschein, daß das Kabinetts Papen bereit wäre, dauernd von der Bildfläche zu verschwinden. Man muß vielmehr annehmen, daß bei der Besprechung des Reichspräsidenten mit den bürgerlichen Parteien der Eindruck erweckt werden soll, daß weder eine parlamentarische Regierung, noch ein sogenanntes Präsidialkabinetts unter anderer Führung als der des Herrn von Papen möglich sei.

Zuletzt seine Regierung als geschäftsführendes Kabinetts zurückzuführen so hätte es noch den Vorteil, vom Reichstag insofern unabhängig zu sein, als es durch Mißtrauensanträge nicht gestürzt werden könnte. Auf keinen Fall bedeutet die Demission des jetzigen Kabinetts etwa eine radikale Umkehr der Methoden, mit denen in den letzten Monaten in Deutschland regiert worden ist. Man muß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages vielmehr befürchten, daß die politische Verwirrung noch weiter steigt und daß die Reaktion verstanden wird, daraus Nutzen für sich zu ziehen.

Das Zentrum streift auf eine schwarz-braune Koalition los. Mit den Splitterparteien, wie dem Christlichen Volksdienst, der Wirtschaftspartei und ähnlichen kleinen Gruppen könnte sich eine ganz knappe Mehrheit im Reichstag ergeben. Scheitert dieser Versuch an der Forderung Hitlers nach der unbedingten Führung, so ist es durchaus möglich, daß der Reichstag neuerdings aufgelöst und dem deutschen Volk eine neue Verfassung ausgezwungen wird.

Papen bleibt Hindenburgs Vertrauter.

Berlin, 17. November. (Conti.) Wie in die-
gen politischen Kreisen erklärt wird, hat Hin-
denburg Herrn von Papen keineswegs sein Ver-
trauen entzogen. Der Rücktritt des Kabinetts
lag aber unvermeidbar im Zuge der politischen
Entwicklung. Die Verhandlungen, die der Reichs-
präsident mit den Parteiführern aufnehmen
wird, werden als großzügiger und lohnender Ver-
such zu einer Verständigung bezeichnet. Man
rechnet damit, daß sich auch Hitler diesen Be-
trachtungen nicht entziehen wird. Das Schreiben
Hitlers an Papen wird übrigens von amtlicher
Seite als durchaus höflich, forschend und loyal
bezeichnet. Nach Auffassung politischer Kreise der
Reichshauptstadt wird bei diesen Verhandlungen
viel davon abhängen, wie sich die Nationalsozia-
listen einstellen; dagegen hält man es schon jetzt
für sicher, daß das Zentrum jede Präsidial-
regierung unterstützen wird, an deren Spitze
nicht Reichkanzler von Papen steht, wenn die-
ses Kabinetts auch den sozialen Notwendigkeiten
Rechnung trägt und die vom Zentrum gewünschte
Stellung zur Verfassung einnimmt. Man nennt
auch bereits Namen, die für die Führung des
neuen Kabinetts in Frage kommen, und zwar

dieselben, die in der letzten Zeit immer wieder
aufstachen, nämlich Gördeker, Bracht und
Gehler. Dagegen kommt ein Kabinetts
Schleicher schon deshalb nicht in Frage, weil
General Schleicher keine Reigung hat, das
Reichskanzleramt zu übernehmen. Allerdings
rechnet man mit seinem Verbleiben als Reichs-
wehrminister mit derselben Selbstverständlichkeit,
mit der Freiherr von Neurath als Außen-
minister bezeichnet wird.

Von unterrichteter Seite wird ferner betont,
daß der Reichspräsident auch weiter an dem Ge-
danken und dem Prinzip des Präsidialkabinetts
festhält. Auch das neue Kabinetts wird also ein
Präsidialkabinetts sein. Die Außenpolitik wird
durch den Kabinettswechsel nicht berührt werden,
insbesondere z. B. hinsichtlich der Forderung
nach Gleichberechtigung in der Abrüstung. Im
übrigen geht aus der Art, wie der Reichsprä-
sident die Verhandlungen zu führen beabsichtigt
hervor, daß es sich keineswegs darum handelt,
das Programm der Regierung Papen einfach zu
übernehmen. Auch das Wirtschaftsprogramm
wird durchaus nicht als unüberwindlich bezeichnet.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Dänemark.

Sozialdemokraten gewinnen 70.000 Stimmen.

Kopenhagen, 17. November. Die Ergebnisse der Wahlen zum Folketing stellen sich heute folgendermaßen dar: Sozialisten 660.782 gegen 593.191 bei den letzten Wahlen, darnach 62 Mandate gegen 61 bei der letzten Wahl; gemäßigte Linke 381.760 gegen 402.121 und 38 Mandate gegen 44; Konservative 289.525 gegen 233.935 und 27 Mandate gegen 23; Linksradikale 145.206 Stimmen gegen 151.746 und 14 Mandate gegen 16; Georgisten (Rechtsverband) 41.215 Stimmen gegen 25.310 und 4 Mandate gegen 3; Kommunisten 17.172 gegen 3.656 Stimmen und 2 Mandate gegen Null; Partei der Schleswiger (Deutsche) 9.867 Stimmen gegen Null und kein Mandat bei der vorigen Wahl; Nationalsozialisten 765 Stimmen gegen Null und kein Mandat. Im allgemeinen ergaben die Wahlen Verluste für die Linksradikalen und die gemäßigten Linke zugunsten der Konservativen und Sozialisten.

Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 17. November. Im Reichstag trat am Donnerstag vormittags die neugewählte sozialdemokratische Fraktion fast vollständig zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zunächst erörterte Dr. Breitscheid einen ausführlichen Bericht über die gesamte politische Lage. Er begründete dabei insbesondere den Beschluß des bisherigen Fraktionsvorstandes, der Einladung des Reichkanzlers von Papen zu einer politischen Aussprache nicht Folge zu leisten. Die Fraktion billigte einstimmig die Haltung des Fraktionsvorstandes bei der Ablehnung der Einladung des Reichkanzlers von Papen. Nach einer Aussprache über die politische Lage hat sich die Fraktion mit Anträgen beschäftigt, die dem Reichstag vorgelegt werden sollen. Es handelt sich um Gesetzentwürfe über Amnestie, über Aufhebung der Terrorverordnungen und über die Aufhebung der Sondergerichte. Neben Anträgen und Gesetzentwürfen zum Umbau der Wirtschaft und zur Sicherung der Lebenshaltung der breiten Massen wird die Fraktion ferner zwei Anträge zur Gewährung einer Winterhilfe an alle Hilfsbedürftigen und zur Erhöhung der Sozialleistungen einbringen.

Klepper-Ausschuß arbeitsunfähig.

Berlin, 17. November. Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages zur Nachprüfung der Geschäftsabwicklung des Finanzministers Klepper bei der Deutschen Pächterkreditbank, der Domänenbetriebsgesellschaft und der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse (Klepper-Ausschuß) nahm heute seine Verhandlungen wieder auf. Abg. Judke (Deutschnational) teilte mit, daß Finanzminister Klepper als Vertreter des Staatsministeriums an der Sitzung des Ausschusses teilnehme. Abg. Sinsler (Nationalsozialist) bezeichnete dies als einen unhaltbaren Zustand, da Klepper doch eigentlich der Angeklagte sei. Es gehe nicht an, daß er hier die Aussagen der anderen Zeugen mitanhöre und dann womöglich seine eigenen danach einrichte. Die nationalsozialistische Fraktion forderte, daß Klepper den Saal verlasse. Der nationalsozialistische Antrag auf öffentliche Behandlung der Angelegenheit wird bei Stimmengleichheit abgelehnt. Daraufhin verläßt die nationalsozialistische Fraktion sofort den Saal. Nach einiger Zeit verließ auch der deutschnationaler Abg. Steiner die nichtöffentliche Sitzung. Der Ausschuß beschloß sodann, die Verhandlungen vorläufig abzubrechen. Die nächste Sitzung soll erst am 25. Jänner stattfinden.

Unruhen in Spanien.

Paris, 17. November. Wie „Journal“ aus Madrid meldet, nimmt die Lage in Spanien wieder eine beunruhigende Entwicklung. In Sevilla und Umgebung brach zuerst ein Streik der Bäcker aus, welcher sich gestern auf die übrigen Zweige ausdehnte. Gestern durchzogen die Streikenden die Straßen und plünderten einige Geschäfte, wobei es zu mehreren Zusammenstößen mit der Milizgarde kam. Heute droht in Andalusien der Ausbruch des allgemeinen Streiks.

Wie aus Barcelona gemeldet wird, haben die Arbeiter in den katalanischen Provinzen, etwa 100.000 Mann, den Solidaritätsstreik mit den ausländischen Metallarbeitern verkündet. In Saragossa explodierte eine Bombe vor dem Universitätsgebäude und verursachte großen Schaden. Zu Unfällen ist es nicht gekommen.

Frankreichs Außenhandel.

Paris, 17. November. (Havas.) Im Verlauf der ersten zehn Monate des Jahres 1932 wurden nach Frankreich Waren im Werte von 24.593 Millionen Franken eingeführt. Der Wert der Ausfuhr betrug in dieser Zeitspanne 16 Milliarden 264 Millionen Franken.

England und der Herriot-Plan.

Von H. N. Brailsford (London).

Die französische Regierung hat mit ihren überraschenden Vorschlägen zur Landabrüstung das ganze Bild der europäischen Politik verändert. Die Tat ist getan. Was immer auch jetzt auf der Genfer Konferenz geschehen mag, sind die Kapitel des Versailles-Vertrages über die Abrüstung nichts anderes mehr als Makulaturpapier. Die Franzosen haben den Willen verloren, diese Bestimmungen durchzuführen. Nur das deutsche Volk selbst, konnte heute die deutsche Regierung daran hindern, von der Erlaubnis Gebrauch zu machen, die Herriot stillschweigend gegeben hat. Das ist die Ansicht in England. Gleichheit, wenigstens bei den „defensiven“ Rüstungen, ist moralisch eine vollendete Tatsache. Soweit dies heißt, daß die den besiegten Nationen in Versailles aufgelegte Sklaveneinstellung beseitigt ist, erweckt dies in England nur Freude — sogar einmütige Freude. Denn keine Stimme erhebt sich, nicht einmal bei den Konservativen, zur Verteidigung der Torheiten der Friedensverträge.

Aber England sieht auch etwas anderes; viele Engländer sehen es sehr klar. Die Abmachung von Versailles war logisch ein Ganzes. Die Besiegten wurden entwaffnet; ihr Reichtum wurde ihnen genommen; und in diesem Zustand wurden sie gezwungen, eine Landverteilung an ihrer Obergrenze anzunehmen, die kein freies Volk auch nur einen Tag ausgehalten hätte. Das war kurzfristig und unmoralisch, aber es konnte bleiben, solange der Vertrag unverändert war. Jetzt ist innerhalb von fünf Monaten das ganze Gebäude dieses barbarischen Friedens zusammengebrochen. Die Reparationen sind ein Bild der Vergangenheit; Rüstungsgleichheit ist bewilligt; was wird nun aus der Obergrenze?

Ein entwaffnetes Volk wird viele Ungerechtigkeiten und viele Unannehmlichkeiten ertragen, stillschweigend, weil es muß. Bis ihm wieder Waffen in die Hand und du mußt auch seinen Ruf nach Gerechtigkeit anhören. Das merkt man auch in England; man weiß dort nicht inwiefern das auch die Franzosen meinen. Ist es ihnen klar, daß jene zwei Reden, Herriots und Paul-Boncourts eine sofortige Revision des Friedensvertrages unvermeidlich machen? Wer fürchten, daß sie es nicht merken. Vielen von uns ist deutlich: sobald ein besiegtes Volk seine Jugend wieder für den Krieg vorbereiten kann, kann kein Anruf der „Legalität“, keine Phrase über die Festigkeit der Verträge, kein Verbot des Kolonialhandels verhindern, daß die Diktate wieder aufgerollt wird. Man hätte diese Frage lösen müssen, bevor die Abrüstungsfrage besprochen wurde. Wäre sie zuerst gelöst worden, dann wäre der Hauptgrund für die Angst in Europa, das Hauptmotiv für die Rüstungen vom Horizont verschwunden. Dann hätte England abrüsten können. Heute ist es nur zu wahrscheinlich, daß England aufrüsten wird.

In diese zwei entgegengesetzte Richtungen geriert, war die Reaktion der britischen öffentlichen Meinung auf den französischen Plan zögernd und langsam. Prinzipiell sind alle für die Gleichheit, aber England erschrocken, als es erkannte, daß die Gleichheit eine ungewöhnliche Zunahme der bewaffneten Menschen in Europa bedeuten würde. Einstweilen war die erste Ueberlegung vorherrschend, Lord Cecil, der anerkannte Führer der organisierten Abrüstungsbewegung in England, segnete den Plan, weil er einzelne Züge des von ihm seinerzeit unterzeichneten Vertrages über die gegenseitige Disziplinierung wieder zum Leben erweckt. Er hatte schon immer den festen Glauben an die Zwangsgewalt des Völkerbundes. Ich zweifle aber, ob seine Umerichtung ein gutes Vorzeichen für Herriot ist. Wenn ich

wissen wollte, was das englische Volk schließlich über irgendein internationales Problem denken wird, dann würde ich immer zuerst die Ansicht Lord Cecil's festzustellen trachten. Dann könnte ich von vornherein annehmen, daß die allgemeine Ansicht genau die entgegengesetzte sein werde. Es ist außerdem bedeutsam, daß Sir Herbert Samuel, der Führer der liberalen Opposition, den Plan warm befürwortet hat. Seit dem Krieg waren die Liberalen gewöhnlich die misstrauischen und unversöhnlichen Kritiker jeder französischen politischen Aktion. Sir Herbert Samuel begrüßt den Plan, weil er die Schweizer Miliz zum Vorbild Europas machen würde. Er wählte für diese Äußerung einen recht unglücklichen Tag: Als seine Rede in den Zeitungen erschien, da stand in der Spalte nebenan der Bericht über das Massaker von Genf.

Um die Frage zu beantworten, wie sich die Regierung verhalten werde, muß ich die Rede des Außenministers Sir John Simon in englischen Unterhaus erläutern. Die Rede füllte fast eine Druckseite in der „Times“ und der Inhalt war genau gleich Null. Konkret wissen wir weniger über die Ansichten der Regierung als früher, vor der Rede. Wir wissen weniger, weil die Rede voll von Widersprüchen war. Auch er begrüßte den Herriot-Plan und sprach von Frankreich mit den warmsten Worten. Tatsächlich haben Tardieu und Laval England mit solcher Verzweiflung über die französische Politik erfüllt, daß England jetzt geneigt ist, die relative Großzügigkeit ihres radikalen Nachfolgers Herriot hoch einzuschätzen. Aber mitten in seiner Rede für den Plan, sagte Sir John Simon das, was alle anderen Leute auch sagen: er wolle das Problem der Gleichheit nicht durch eine Aufrüstung Deutschlands lösen. Aber genau das soll doch nach Herriots Vorschlag geschehen, wenn man diesen Vorschlag richtig versteht. Sir John Simon lud Deutschland ziemlich deutlich ein, zu der Genfer Konferenz zurückzukehren, und erklärte, ein allgemeines Abkommen zur Einschränkung der Rüstungen aller Mächte auf eine bestimmte Zeitperiode werde an die Stelle der ansehbaren Bestimmungen des Versailler-Vertrages gesetzt werden. Aber das war alles was er sagte. Er sagte nicht, ob er mit dem französischen Vorschlag über die Behandlung der sogenannten Angriffswaffen einverstanden ist. Er sagte auch nicht, ob die Regierung jetzt in der Frage der Abschaffung derjenigen Land- und Seewaffen, die den Deutschen im Friedensvertrag verboten worden sind, weitergehen wolle als im Juni. Die Konservativen waren sehr beunruhigt, weil gerücheweise verlautete, die Regierung beabsichtige die allgemeine Abschaffung der Bombenflugzeuge. Aber das ist ja gut um wahr zu sein. Indien ist ja noch nicht in „Ordnung“ gebracht.

Der bedeutendste Teil seiner Rede war der, in welchem er eine feierliche Erneuerung des Kellogg-Vertrages durch die europäischen Mächte verlangte. Sir John Simon sprach in der allhergebrachten gedämpften Sprache der Diplomaten. Er sprach in Allgemeinbeiden, die wie Blattseiten klangen. Was er aber meinte, war für jeden vernünftigen Zuhörer klar. Wenn er in die deutsche Aufrüstung einwilligt, dann wird er die ausdrücklichsten Versprechungen verlangen, daß Deutschland nicht versuchen werde, die Frage der Distanz durch einen Krieg mit Polen zu lösen. Kurz gesagt: Deutschland soll Waffen haben, wenn es verspricht, sie nicht zu benutzen.

Da liegt die ganze Schwierigkeit. Herriot erklärt, sein Plan schaffe keine neue Verpflichtung für Großbritannien. Trotzdem bleiben die Verpflichtungen, die aus dem Friedensvertrag hervorgehen. Sie erlangen unter den neuen Verhältnissen eine ganz neue Bedeutung. Ein bewaffnetes Deutschland kann nun, was ein entwaffnetes Deutschland nicht tun konnte. Gestern bestand keine wirkliche Gefahr, daß England genötigt werden könnte, die Völkerbundszugung gegen Deutschland zwangsweise in Kraft zu setzen. Morgen wird diese Gefahr als eine ernste Möglichkeit vor unserem geistigen Auge auftauchen. Diese Gefahr, will die britische öffentliche Meinung nicht bemerkt in Kauf nehmen. Niemand in England hält die Versailler-Lösung des Problems für richtig und wenige würden gerne den Buchstaben der Völkerbundszugung erfüllen, wenn ein bewaffneter Konflikt droht. Deswegen kann ich die Willkommensgrüße für den Herriot-Plan nicht für ganz ehrlich halten. Der Plan bringt England in ernste Verlegenheit, wenn es der Zukunft nächsten ins Auge zu sehen vermag. Ich glaube fest, daß England ihn deswegen begrüßt, weil es glaubt, eine Einigung über seine Einzelheiten werde niemals zustande kommen. Jedenfalls hat er den verhassten Vertrag zerrümmert und das ist ein Grund zum Jubel.

England und die Gleichberechtigung.

Eine Rede des englischen Außenministers.

Genf, 17. November. Der englische Außenminister Sir John Simon hat heute im Büro der Abrüstungskonferenz den englischen Standpunkt zu den Rüstungsfragen erläutert. Er führte aus, daß die Frage der deutschen Gleichberechtigung unbedingt geklärt werden müsse.

Es sei die feierliche Erklärung aller europäischen Staaten notwendig, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, irgendeinen Streitfall mit Gewalt zu lösen. Die Anerkennung des moralischen Rechtes der Gleichberechtigung bedeute für Deutschland und für die anderen Staaten die Annahme entsprechender Verpflichtungen.

Die künftigen Beschränkungen der deutschen Rüstungen seien in das allgemeine Rüstungsabkommen einzubauen; dadurch sei der Teil V des Versailler Vertrages (der die Abrüstung Deutschlands behandelt) zu ersetzen.

Künftig sollen keine Unterscheidungen mehr in der Zeitdauer der Abrüstungsbestimmungen für die einzelnen Staaten gemacht werden (die Entwaffnungsklausel des Versailler Vertrags waren unbegrenzt).

Das Recht der deutschen Gleichberechtigung schließe den Grundsatz der qualitativen Gleichheit der Waffen ein. Es müsse getrachtet werden, ein Höchstmaß von positiver Abrüstung zu erreichen; die Anwendung des Grundsatzes der Gleichberechtigung könne jedoch keineswegs sofort entschieden werden.

Die englische Regierung sei bereit, die Kreuzer auf einen Toppus mit 7000 Tonnen und 6-Zoll-Beschützen zu begrenzen und bestrebe auf der Abschaffung der U-Boote.

Schwere Kanon seien zu verbieten, die Geschütze sämtlicher Mächte seien auf das

Deutschland vorgeschriebene Kaliber (105 Millimeter) zu begrenzen.

Die Aufrüstungen der Großmächte seien sofort auf den englischen Stand herabzusetzen, sodann habe eine allgemeine Herabsetzung der Aufrüstungen einschließlich der englischen um 33 Prozent zu erfolgen.

Der leitende Grundsatz für die Reorganisation des deutschen Heeres müsse sein, daß keine Erhöhung der Angriffsfähigkeit Deutschlands eintrete.

Die englische Regierung nehme den Vorschlag einer ständigen Kontrollkommission des Völkerbundes an, deren Arbeit sämtliche Staaten unterworfen werden müßten.

Wunsch nach der Rückkehr Deutschlands.

Nach der Rede Simons nahmen mehrere Redner das Wort. Uebereinstimmend wurde von ihnen der Hoffnung und dem Wunsch nach Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz Ausdruck gegeben. Henderson erklärte, daß es unmöglich sei, ohne Deutschland zu Ergebnissen zu gelangen. Seine baldmöglichste Teilnahme werde die Verhandlungen sehr erleichtern. Der italienische Vertreter Ruffo wies darauf hin, daß Mussolini stets auf der Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands bestanden habe. Die englischen Vorschläge seien ein praktischer Weg zur Verwirklichung dieses Anspruchs. Der französische Vertreter Masfial schloß sich der von Henderson ausgesprochenen Hoffnung an. Der Vertreter der Vereinigten Staaten Norman Davis gab der Hoffnung auf Rückkehr Deutschlands in warmen Worten Ausdruck.

Staatliche Getreideanstalt - eine Forderung der französischen Sozialisten.

Paris, 17. November. Die Rede, die Landwirtschaftsminister Gardey am Dienstag gehalten hat, ist auf große Meinungsverschiedenheiten gestoßen, besonders in den Kreisen der Sozialisten, die auf die Errichtung einer staatlichen Getreideanstalt zur Regulierung der Getreideeinfuhr und der Preistrichtlinien dringen. Die Radikalen, die sich gegen die Errichtung dieser Anstalt stellen, behielten ihren Standpunkt bei. Die heutigen Morgenblätter teilen mit, daß die Regierung dem Wunsche der Sozialisten entsprechen wolle.

Lebensmittelversorgung durch die Betriebe.

In Rußland.
Moskau, 17. November. (Tas.) Dieser Tage wird ein Dekret erlassen werden, das die Funktion der Betriebsleitungen auch auf die Versorgung der Arbeiterschaft mit Lebensmitteln und anderen täglichen Bedarfsartikeln ausdehnt. Daran werden die Arbeiterkonsumgenossenschaften von mehr als 200 großen Fabriksbetrieben, die über drei Millionen Arbeiter versorgen, den Betriebsleitungen vollständig überlassen. In allen anderen Betrieben der Sowjetunion werden die Arbeiterkonsumgenossenschaften den Betriebsleitungen unterstellt, wobei sie sich gleichzeitig den allgemeinen Richtlinien des Konsumgenossenschaftswesens unterordnen. Die Ausgabe der Lebensmittelkarten für die Arbeiter und ihre Familien wird in den Händen der Betriebsleitungen konzentriert. Der unmittelbare Verwalter und Verteiler sämtlicher Lebensmittelvorräte und Industriewaren für den Massenbedarf wird die Betriebsleitung sein, die unmittelbar das gesamte Verteilungssystem leitet.

Das neue System der Arbeiterversorgung stellt eine engere Verbindung zwischen den Interessen der Versorgung und jenen der Produktion her und schafft neue Möglichkeiten, an denen naturgemäß jede Betriebsleitung interessiert ist. Die Betriebe tragen die volle Verantwortung für das Betriebsgelingen in gleichem Maße wie für alle ihre Arbeitszweige, und indem sie die Waren von den Konsumgenossenschaften und dem staatlichen Handel beziehen, werden sie die Versorgung besser bewerkstelligen können, als diese bisher vom Konsumgenossenschaftssystem ohne Beteiligung der Betriebsleitungen durchgeführt wurde.

Neue Ausschreitungen an der Breslauer Universität.

Breslau, 17. November. An der Universität ist es heute erneut zu Ausschreitungen gekommen, als Professor Cohn nach längerer Pause seine Vorlesungen wieder aufnehmen wollte. Die Universität mußte durch die Polizei geräumt werden. Sie wurde vom Rektor bis auf weiteres geschlossen.

Der Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau Professor Dr. Waldecker hat im Zusammenhang mit den Vorfällen, die sich an der Universität ereigneten, die Dekanatsgeschäfte abgegeben und um ministerielle Schutz gebeten.

Nach den Genfer Schießereien.

Genf, 16. November. (SDA.) Die Polizei verhaftete einen 23jährigen Deutschschweizer, der die in der Rekrutenschule befindlichen Kameraden schriftlich aufforderte, allfälligen Befehlen zum Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung nicht Folge zu leisten. Ferner wurde ein 23jähriger Genfer festgenommen, der Denkmäler und öffentliche Gebäude wieder beschmiert hatte. Zum Zeichen der Trauer über die Ereignisse der letzten Woche entfernten sich die Sozialisten aus der heutigen Nachmittagssitzung des Großen Rates.

Abzug der Truppen aus Genf.

Genf, 17. November. Die beiden Walliser Bataillone haben Genf heute früh verlassen. Es befinden sich keine Truppen mehr in Genf.

Nicole nicht im Hungerstreik.

Genf, 17. November. (SDA.) Entgegen den Behauptungen verschiedener Zeitungen ist festzustellen, daß der verhaftete Sozialistenführer Leon Nicole nicht in den Hungerstreik getreten ist.

Keine weiteren Todesopfer.

Genf, 17. November. (SDA.) Alle 35 Zivilpersonen, die wegen ihrer Verbundenung mit den letzten Unruhen dem Krankenhaufe zugeführt wurden, sind nunmehr außer Gefahr.

Zwei Milliarden Kf Defizit in vierinhalb Monaten.

Washington, 17. November. Amtlich wird verlautbart, daß sich das Defizit im Staatshaushalt für die ersten vierinhalb Monate des laufenden Steuerjahres, das am 1. Juli begann, auf 709 Millionen Dollar beläuft.

Vor einem Streik der englischen Eisenbahner?

Die englischen Eisenbahngesellschaften haben den Gewerkschaften der Eisenbahner mitgeteilt, daß sie eine Kürzung der Löhne um 10 Prozent verlangen. Sie verweisen darauf, daß die Rentabilität der Eisenbahnen so gering sei, daß sie zu einer Herabsetzung der Regie durch Kürzung der Löhne zu schreiten gezwungen seien. Der Versuch, die durch zahlreiche administrative Maßnahmen ohnehin schon herabgesetzten Bezüge der Eisenbahner noch weiter zu reduzieren, hat unter den Eisenbahngestellten großen Widerstand hervorgerufen. In zahlreichen Massenversammlungen der Eisenbahner haben die Vertreter der Gewerkschaften zu dem beabsichtigten Lohnabbau Stellung genommen und ihre Mitglieder zum Ausbarren und Widerstand aufgefordert. In einer Versammlung der Lokomotivführer und Heizer erklärte der Generalsekretär dieser Gewerkschaft John Bromley in Cardiff, wenn die Lohnkürzung durchgeführt würde, das Einkommen vieler Eisenbahngestellten unter die Unterstützung fallen würde, die das Armengezet vorsieht. Wenn den Eisenbahnern keine andere Alternative bleibt, als sich dem Lohnabbau zu unterwerfen oder die direkte Aktion zu ergreifen, dann werden sie sich für die direkte Aktion entscheiden. Von anderen Vertretern der Eisenbahner wird in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß eine Kürzung der Löhne schon deshalb nicht am Platze sei, weil auf Grund der in Ostindien mit den englischen Kolonien und Dominions getroffenen Vereinbarungen mit Preisoberbunden für gewisse Lebensmittel zu rechnen ist. Die Kaufkraft der Massen müsse erhöht und nicht erniedrigt werden. Wenn die Eisenbahngesellschaften ihre Forderung nicht zurückziehen, dann würden die Eisenbahnergewerkschaften antworten, daß sie Lohnkürzungen nicht akzeptieren können. Der Generalsekretär der Gewerkschaft der Lokomotivführer und Heizer John Bromley führte in einer erst vor einigen Tagen in Northampton abgehaltenen Massenversammlung aus, daß der Kampfesgeist der Eisenbahner ungebrochen ist und daß sie gegenüber den Repräsentanten der Regierung, die sie zur Unterstützung der Eisenbahngesellschaften etwa ergreifen sollte, entschiedensten Widerstand leisten werden. Die Eisenbahngesellschaften seien überkapitalisiert und sollten gezwungen werden, größere Abschreibungen vorzunehmen, um den Buchwert ihrer Anlagen dem wirklichen Wert näher zu bringen. Wenn sie diese Maßnahmen ablehnen sollten, müßte die Regierung die Eisenbahngesellschaften verstaatlichen.

Wenn die Eisenbahngesellschaften ihr Lohnabbau nicht zurückziehen, dürfte wohl ein Streik der englischen Eisenbahner unvermeidlich sein.

Hochschulkrawalle in Warschau.

Warschau, 17. November. Im Anatomischen Institut der Warschauer Universität kam es heute zu neuen antisemitischen Demonstrationen seitens der nationalistischen Hochschüler, welche die jüdischen Studenten aus dem Institutsgebäude verdrängten. Als sich die Krawalle zwischen den nationalistischen und den jüdischen Hochschülern auf der Straße fortsetzten, intervenierte die Polizei, welche die Ruhestörer vertrieb. Das Rektorat hat wegen dieser Exzesse die Vorlesungen an der medizinischen Fakultät für einige Tage eingestellt.

Entschwundene Hoffnung

Vertagung der Weltwirtschaftskonferenz bis April 1933.

Die zweite Weltwirtschaftskonferenz, die noch im Jahre 1932 eröffnet werden sollte, stößt auf große Schwierigkeiten, so daß mit einer Abhaltung der Konferenz noch vor Weihnachten nicht gerechnet werden kann. Zahlreiche Mißverständnisse und Schwierigkeiten sind in der letzten Zeit aufgetaucht, so daß man annimmt, daß die Konferenz erst im April 1933 stattfinden dürfte. Der englische Ministerpräsident Ramsay MacDonald versucht zwar noch, die Konferenz in diesem Jahre zu ermöglichen, aber es besteht wenig Hoffnung, daß diese Absicht gelingt. Die größte Schwierigkeit ist in den letzten Tagen dadurch herausbesprochen worden, daß die Delegierten der Vereinigten Staaten im Finanzkomitee, das sich bis Jänner vertagt, bereits nach Hause abgereist sind. Der Vertreter Englands bei der Abrüstungskonferenz in Genf Sir John Simon beabsichtigt mit dem Delegierten der Vereinigten Staaten Mr. Norman Davis Fühlung zu nehmen und ihm mitzuteilen, daß die englische Regierung es für außerordentlich wichtig erachtet, daß die Weltwirtschaftskonferenz sobald als möglich einberufen wird. Die Bestrebungen des englischen Ministerpräsidenten gingen dahin, die Weltwirtschaftskonferenz noch vor Weihnachten zu einer Sitzung zusammen zu berufen, um die allgemeinen Fragen der Tagung zu diskutieren und Komitees von Politikern einzusetzen, die in London so bald als möglich unter der direkten Leitung MacDonalds zusammentreten sollten. Dieser Plan wurde jedoch durch die unerwartete Abreise der amerikanischen Delegierten des Finanzkomitees hinfällig.

Konflikt im österreichischen Nationalrat.

Wien, 17. November. Im Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates entstand heute ein unerwarteter Konflikt, der die Verzögerung der Beratung wichtiger Vorlagen, u. a. auch des Budgets bewirkte. In diesem Ausschuss war der parlamentarische Deimatblock bis vor kurzem durch den Abgeordneten Heintel vertreten. Dieser Abgeordnete trat gemeinsam mit dem Abgeordneten Ebner aus dieser parlamentarischen Gruppe aus. Der Deimatblock trat darauf dem Abgeordneten Heintel das Mandat im Finanz- und Budgetausschuß ab und bestimmte zu seinem Nachfolger in diesem Ausschuss den Abgeordneten Reustädter Schruter. Dieser Abgeordnete fand sich auch tatsächlich in der heutigen Ausschusssitzung ein, doch erhoben gegen seine Teilnahme an den Ausschussarbeiten und an der Abstimmung die Sozialdemokraten sofort scharfen Protest mit der Begründung, daß der Deimatblock nach dem Austritt zweier Abgeordneter bloß sechs Mitglieder zähle und daher nach der gültigen Geschäftsordnung keinen Anspruch auf ein Mandat im Finanz- und Budgetausschuß hat. Jeder Beschuß dieses Ausschusses unter Teilnahme des Abgeordneten Reustädter Schruter, dessen Stimme gerade das Fünftel an der Wage wäre, wäre ungesetzlich, und die Opposition müßte sofort die Klage beim Verfassungsgericht einbringen. Als der Ausschussvorsitzende durch Verhandlungen mit den Parteien die Beilegung des Konfliktes nicht erreichen konnte, wurde die Sitzung auf unbestimmte Zeit vertagt.

IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

50)

„Ach, ich hab' so eine dumme Angst und ein schlechtes Gewissen, Martin — das wird aber gleich besser werden. Ich geh' jetzt zur Friesenstraße und bring' das Geld und die Ringe hin — ich hab' doch eher keine Ruhe. Verstehst du, Liebling, das hat jetzt nichts zu tun mit Mitleid und Gefühl und Iwas — ich muß nur einfach mein Versprechen halten — sonst werde ich krank. Ich verlange und wünsche so stark, daß man mir ein gegebenes Wort hält — ich möchte das Recht auf diesen Wunsch nicht durch mich selbst verlieren.“

Martin setzt sich aufrecht im Bett — „Natürlich, Kleine — tu' nur, was du für richtig hältst. Wie dumm sind wir doch gestern gewesen! Daß ich dir ganz unnützlich gekümmert gemacht, nicht wahr? Ich werde mich schnell anziehen, und wenn du willst, komme ich mit dir.“

„Dah' nur, Martin, ich möcht' lieber sofort gehen — da kann jetzt jede Minute wichtig sein. Und warte nicht erst auf mich, ich werd' gleich von der Friesenstraße aus zum Arbeitsamt gehn. Und sei pünktlich heute mittag zum Essen da — ich loch' was besonders Schönes. Wiedersehen, Liebling — schlaf nicht wieder ein — und vergiß nicht den Zahnarzt!“ Schon an der Tür — läuft Gilgi noch einmal zurück, küßt Martin haltig auf den Naden und Hals und Augen — „nein, halt mich nicht fest, Liebling — leb' wohl — bis heut' mittag.“

Friesenstraße. Vor dem Haus, in dem der Hans und die Hertha wohnen, stehen Leute, sind anscheinend durch irgend etwas aufgeregt — sprechen, gestikulieren — Gilgi beachtet sie nicht, öffnet die Haustür — ein Klumpen Weiber im Treppenhof — raschelndes Schwaben... Gilgi bleibt stehen, zieht aus dem Handtäschchen ein blaues Briefstückerl mit dem sieben Hundertmarkzeichen, nimmt die Ringe — sind doch noch alle da? Ach, wie froh werden sie sein, die da oben! Immer zwei Stufen auf einmal genommen — wie das Herz klopf, den Atem schnürt's einem ob. Warum bin ich denn traurig? So eine wehe Traurigkeit in allen Knochen... Ich hätte gestern abend hierhergehn sollen, dann bräuhete ich mich nicht so bedrückt fühlen — ach, Unfug, das ist ja übertriebene Gewissenhaftigkeit — ist ja jetzt auch noch nicht zu spät.

Die Tür vom Mansardenzimmer ist halb geöffnet. Ein fremder Mann kommt aus dem Zimmer. — Gilgi prallt fast mit ihm zusammen. Der Mann hat eine Mütze in der Hand — der Mann sieht Gilgi an — der Mann macht den Mund auf — schwarze Zahnlücken, aus denen Worte kriechen... „Wollen Sie zu denen da. Die sind tot. Vor einer ohlben Stunde hat man sie find tot. Vor einer halben Stunde hat man sie find tot noch geschrieen — vorher — der hat's halt gehabt. Ich hab's auch bald fait. Guten Morgen.“ Der Mann setzt die Mütze auf. Bangsam verhallt sein schwerer Schritt auf der Treppe.

Gilgi sagt fester das Äuvert und die Ringe... solche Träume darf man doch nicht haben — das ist widerlich — solche Träume... Sie klefft an die halbgeöffnete Tür — so ein knöcherner Laut... tad, tad, tad... alles ist still hier oben. Jemand hat geklopft, daß ich taufend Stunden hier klopfen muß — tad, tad, tad — ich habe rote Schuhe an und mein blaues Kleid — wie kommt es denn, daß ich zu meinem blauen Kleid die roten Schuhe angezogen habe? Das ist mir doch noch nie passiert — tausend Stunden muß ich klopfen... warum steht auf Strahnbahnfahrtscheinen so furchtbar viel drauf — ich möchte wissen, was das alles bedeutet, was auf den Strahnbahnfahrtscheinen steht... tad, tad, tad — ob ich jetzt tausend Stunden hat geklopft habe? Die Türklinge ist blind und hat dunkle Flecken — man müßte die Klinge mal putzen mit... ja, wie heißt das Zeug, mit dem man Klirnen putzt? Wie heißt das denn... ich muß auf den Namen kommen... jetzt ruft die schmutzige Klinge nach meiner Hand — ich muß sie anfassen... Gilgi geht in das Zimmer, zieht die Tür hinter sich zu. Das Fenstermer, zieht die Betten sind grau verwühlt. Ein eckhafter, süßlicher Geruch kriecht über den Boden — an einem heraus... ich habe rote Schuhe an — und auf Strahnbahnfahrtscheinen steht so furchtbar viel drauf... ich weiß, daß ich rote Schuhe an habe... ich weiß noch mehr... ich weiß, daß die tot sind — der Hans und die Hertha und die kleinen Kinder — Hans — Hertha — haben denn Totz auch noch Namen? Ich bin nicht irrsinnig, ich bin ganz wach und Ich har und kalt und gar nicht traurig — ich bin gar nichts mehr. Gilgi tritt an das geöffnete Fenster, beugt sich weit hinaus... sieht tief unten die Straße... man muß sich entschließen — und man darf nicht davonlaufen... ich weiß alles — alles — die sind tot — was ist das? — die sind tot, weil ich gestern nicht gekommen bin — das muß ich ganz zu Ende denken — das bleibt mir nicht erspart — da muß ich weiter denken — weiter — weiter — ganz genau denken — nichts auslassen... die sind hier gestorben, während ich mit Martin... Obazimben in schwarzen Basen... Gilgi beugt sich weiter aus dem Fenster... da unten das blaue Plaster, das macht alles zu Ende — das gibt es — zu wissen, daß alles zu Ende sein kann — sehr schön, das zu wissen — sehr, sehr schön.

Das muß man sich genau vorstellen: nach unten fällt man — durch die Luft — ein leichtes Geräusch — ein löschender Schmerz, ein sehr harter Schmerz — ein zerfloßener Brei von Fleisch und Blut und Knochen — alles fließt aus einem heraus — das ganze Blut und Hirn und das Uniragbare. Das ist gar nicht eckhaft — das ist sehr schön — so rotes Blut auf dem schmutzigen, grauen Plaster — und alles zu Ende... Man muß sich entscheiden — ich bin nicht irrsinnig, und ich werde auch nicht ohnmächtig — ich habe ganz und gar meinen freien Willen — nichts hilft mir — von außen. Noch etwas weiter hinausblicken — dann falle ich — dann... ich habe gar keine Angst... mein Kopf ist so schwer — er zieht mich — nach unten — meine Füße sind so schwer — lösen sich nicht vom Boden — ich habe rote Schuhe an, rote Schuhe — die sind an den Boden genagelt... Gilgi fällt hintenüber, fällt mit der Schläfe gegen einen Stuhl — Blut rieselt übers Gesicht — feucht und warm. Stumm bleibt sie liegen die Augen weit offen — Sekunden, Minuten. Steht dann auf. Hart und entschlossen. Tritt vor den kleinen Spiegel über dem Waschtisch — taucht ein Taschentuch in den Wassertrag und wischt langsam das Blut von Wangen und Schläfe — das Gesicht im Spiegel ist grau und verfallen. Lange sieht Gilgi in das fremde Spie-

gelgesicht. Preßt die Lippen zu einem schmalen, harten Strich zusammen. Von vorne angefangen, Hilgi! Vier Menschen sind tot. Die Schuld, die ich daran habe... sehen, wie ich damit fertig werde. Die Schuld, die ich nicht habe — die lehne ich ab, die rede ich mir nicht ein, die will ich nicht tragen. Das Tatsächliche ist mir schwer genug. Und ich weiß, was ich tun muß — das Schmerzte. Aber ich lebe, und Martin lebt, und das Kind lebt... ich will leben — und ich bin froh, daß ich lebe. Hilgi hatte keine Schritte verhalten auf der Treppe. Vorbei an den schwappenden Weibern — durch die Straße... Mein Uhr ist's, und Martin wird fort sein. Gut so.

Im Schlafzimmerr unterm Schrank steht Hilgi's Koffer. Sie zieht ihn hervor. Pakt ihre Kleider, ihre Wäsche hinein. Sehr schnell, sehr sicher hantiert sie. Sicher? Das wichtigste Fragezeichen, das allergeringste Ueberlegen im Kopf macht die Hände zittern, unfähig, sich zu bewegen, zu fassen, zu halten. Hart bleiben, hart bleiben — das Schmerzte tun, das Richtige tun — Richtige? Warum richtig?... Ah, nicht denken!

Sie streicht leicht mit der Hand über die bunten Abendkleider im Schrank — ihr könnt hängen bleiben, ich brauche euch nicht — eh' ich mal wieder ein Abendkleid trage, seid ihr längst unmodern geworden. Nicht ruhig stehen — immer was tun, immer was tun — sie schleift den Koffer. Was jetzt... ein paar Zeilen für Martin... ich tu' mir so weh, ich mache mich ganz tot — die Luft muß mir helfen und das Papier und alles um mich herum — zu schwer allein... zu schwer — nein — doch, ich schreibe... feste, harte Buchstaben — weißes Papier, schwarzes Gefringel, weißes Papier... rote Schuhe... und die Luft muß mir helfen.

(Fortsetzung folgt.)

Die blutige Exekution in der Slowakei.

Zwei Todesopfer der Besitzbestie.

Wir haben gestern den trockenen amtlichen Bericht über die Gendarmenschießerei Polomka (in der slowakischen Kreisgerichtsstadt Brezno) gebracht; heute liegen ausführlichere, allerdings unamtliche Meldungen vor, an deren Wahrheitsgehalt aber schon deswegen nicht zu zweifeln ist, weil sie so sonst die Fenster kaum passiert hätten. Und sofern nun diese Schilderung des Geschehens richtig ist, läßt sie neuerliche und tiefe Schlüsse über gewisse kaum europäisch zu nennende soziale Verhältnisse in der Slowakei zu.

Nach dem Bericht der „Edová Roviny“ ergibt sich folgendes Bild:

Ein Bauer in Polomka war einem Gastwirt achthundert Kronen für Alkoholien schuldig. Der Gläubiger betrieb durch einen Advokaten die Exekution, und dieser kaufte bei ihrer Durchführung zusammen mit einem Bankdirektor und im Beisein zweier politischer Beamter das ganze unbewegliche Eigentum des Schuldners, das einen Wert von 28.000 Kronen hatte, um sechs-hundert Kronen! Die beabsichtigte Erregung der bäuerlichen Bevölkerung über dieses Unrecht machte sich sofort Luft: einer der politischen Beamten wurde von den Empörern schwer verwundet, die anderen retteten sich durch die Flucht. In der übermühten Nacht kam eine starke Gendarmepatrouille nach Polomka, um die Rädelsführer der rebellierenden Bauern zu verhaften. Es gelang ihnen, obzwar die alarmierten Bauern die Befreiung der Gefangenen gewaltsam versuchten. Tags darauf, am Dienstag, kamen etwa 150 Dorfbewohner nach Brezno und forderten vor dem Kreisgericht demonstrativ die Freilassung der sieben Verhafteten. Wie es dann zu dem blutigen Zusammenstoß in Polomka kam, steht noch nicht fest — ob der erste, amtliche Bericht über die Schießerei, die jedenfalls zwei Weirichen das Leben kostete, zutrifft, muß erst noch überprüft werden.

Und diese Unterjochung scheint uns dringend geboten! Und sie wird nur dann darauf Anspruch erheben können, als objektiv und gründlich angeht zu werden, wenn sie nicht der Bürokratie überlassen wird, sondern, wenn gewählte Volksvertreter damit betraut werden, alle Umstände selber gewissenhaft zu erheben und der Öffentlichkeit darüber Bericht zu erstatten. Bis dahin wird man auch mit einem Urteil darüber zurückhalten müssen, ob der angeblich aufs äußerste bedröhten Gendarmenrie wirklich nichts anderes übrig geblieben war, als mit der Schußwaffe vorzugehen und die allzuvielen Opfer der „Ordnung“ neuerdings um zwei zu vermehren. Die Gewehre gehen in den letzten Jahren auch bei uns, und besonders in der Slowakei, zu oft und zu rasch los, als daß man nicht vorweg solche Notwehr der Gendarmen anweisen müßte, zumal diese ja nachträglich ausnahmslos von Amts wegen behauptet und gerechtfertigt wird.

Aber wie immer dem sei — die Ursachen, die zu diesem Blutvergießen führten, sind

In Mussolini steigt die Arbeitslosigkeit.

Aus Rom wird uns geschrieben: Die Zahl der Arbeitslosen in Italien die am 31. September 949.499 betrug, ist bis 31. Oktober auf 956.357 gestiegen. 280.000 Arbeitslose erhalten eine Geldunterstützung.

schrecklich und empörend genug! Wir wissen noch nicht, ob der Bauer, dessen Eigentum durch die Exekution verschleudert wurde, die „Alkoholien“ durch Jechen bei dem Gastwirt schuldig war. Wenn ja, so würde daraus erhellen, wie dringend notwendig die endliche Verhandlung und Befreiung des Antrages unserer Genossin Blainy wäre, nach dem Forderungen aus dem Verkauf von alkoholischen Getränken im Detailverkauf nicht klagbar wären, sofern sie den Betrag von 50 Kronen übersteigen. Aber selbst, wenn das hier nicht zuträfe,

ist es ungeheuerlich, daß wegen einer solchen Schuldlappalie bäuerlicher Besitz versteigert wird. Und einsehbar ist es, daß ein solcher Besitz im Werte von Zehntausenden Kronen wie eine alte Hütte unter den Hammer kommen, um lächerliche sechshundert Kronen zugeschlagen werden konnte.

Man verteidigt nicht bäuerlichen Besitzstandnis, sondern das natürliche Rechtsempfinden arbeitender Menschen, wenn man sich erbittert gegen solche dalkanische Methoden wendet. Und wenn die Bauern noch sehen müssen, wie Heim und Arbeitsplatz eines der Ihren für einen Wapenstiel und unter behördlicher Aufsicht an einen Advokaten und an einen Bankdirektor übergeht, dann setzen sie sich eben nach den ungehörigen, aber ewig gültigen Gesetzen der Rechtllichkeit und Menschlichkeit zur Wehr.

Es ist entsetzlich, daß wegen einer Alkohol-Schuld von ein paar hundert Kronen zwei Menschen ihr Leben lassen mußten und daß die Bevölkerung eines ganzen Bezirkes wegen der skrupellosen Raffgier einiger Herren, die auf slowakischem Boden die Allmächtigen spielen dürfen, in Aufruhr geraten mußte. Der Staat hat allen Anlaß, da schlunigst um Rechten zu sehen! Mit blauen Bohnen geht das nicht! Um so weniger, als die slowakische Bevölkerung von Hunger und Not zermürbt ist. Nicht Gewalt kann da helfen, sondern nur Gerechtigkeit, sozialer Verstand und soziales Gefühl!

Sowohl im Abgeordnetenhaus wie im Senat hatten die Kommunisten Anträge eingebracht, die einen Bericht über die Verhältnisse in Polomka und über die Exekutionen gegen Kleinlandwirte und zu diesem Zweck das sofortige Erscheinen des Innenministers, bzw. des Ministerpräsidenten verlangt. Im Senat sprachen hierzu überdies zwei Kommunisten.

Diese Anträge wurden zwar abgelehnt, doch sind innerhalb der Koalition Verhandlungen im Gange, daß der Innenminister trotzdem umgehend einen Bericht über die blutigen Ereignisse erstatte. Dies würde dem bereits in der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses geschehen.

800.000 Unterstützte in Kanada

Ottawa, 17. November. (Reuter.) Im Unterhaus erklärte der Arbeitsminister, daß heute in Kanada rund 800.000 Männer, Frauen und Kinder, also volle acht Prozent der kanadischen Bevölkerung, in den verschiedensten Formen staatliche Unterstützungen genießen.

Vertrauen anstelle von Giftgasen. Eine Rundfunkrede Masaryks.

Prag, 17. November. Präsident Masaryk sprach heute abends zu den Radiuhörern Großbritanniens. Die Uebertragung nach England leitete um 22.30 Uhr der Chef der Auslands-korrespondenz der „British Broadcasting Corporation“ Vernon Bartlett ein, der zwecks Studiums der Verhältnisse schon eine Woche in Prag weilte.

Präsident Masaryk sagte u. a.:

Kooperation mit Europa: Alle Leute guten Willens müssen sich zusammenschließen, um zum letzten Ideal hinzuarbeiten, welches nicht nur bedeutet, aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen, sondern auch die absolut notwendige Atmosphäre für einen dauernden Frieden vorzubereiten. Wenn nicht ein Wechsel in unserem Denken eintritt, ist die Abstraktion als solche nicht hinreichend für die Zukunft. Wie alle, hoffe ich, sind uns dessen bewußt, daß es zu keinem weiteren Krieg kommen darf. Es gibt eine Menge ungelöster Probleme in der unruhigen Welt von heute, aber wir müssen sie beilegen in freundschaftlicher und ehrlicher Ansprache, denn sie dürfen nicht gelöst werden durch Bombardierung von Städten und Föhrung von ungeschulten Truppen und Mordern. Wir brauchen gegenseitiges Vertrauen anstelle von Giftgasen.

Wenn die künftige Weltwirtschaftskonferenz zu einer Lösung unserer finanziellen und geschäftlichen Schwierigkeiten beitragen wird, so ist es gleichermaßen wichtig für die Abrüstungskonferenz sowie als menschenmöglich, in der Vorbereitung eines dauernden Friedens zu gehen. Die Kooperation Amerikas ist in beiderlei Hinsicht äußerst wichtig und ich erwarte von den beiden angelsächsischen Ländern, daß sie ihr Teil beitragen werden. Die Zeiten für irgendwelche Ideen „glänzender Vereinsamung“ sind vorüber. Wir sind alle in demselben Boot.

Dr. Samal als Zeuge in Iglau.

Iglau, 17. November. Um 9 Uhr wurde die Verhandlung mit der Einnahme des Kanzlers Dr. Samal begonnen, der aus-sagt, daß ihm von einem Memorandum des Ingenieurs Hallik an die Kabinettskanzlei nichts bekannt ist. Auch könne er sich an einen Besuch Halliks nicht erinnern. In dem Buch, in das die Besuche eingetragen werden, ist am 28. Jänner 1920 eine Anmeldung des Ing. Hallik verzeichnet, da aber über alle Besuche amtliche Formulare gemacht werden und ein solcher nicht gefunden wurde, ist der Kanzler der Ansicht, daß Ing. Hallik sich angemeldet hat und, da er nicht warten wollte, wieder weggegangen ist. In dem Buche ist auch unter dem 1. Februar 1920 ein Besuch des Ing. Hallik beim Sekretär des Kanzlers Dr. Strnad gemeldet, der sich aber an diesen Besuch ebenfalls nicht erinnert und von dem Memorandum nichts weiß. Es sei, obwohl überall nachgesehen wurde, nichts gefunden worden. Die Beschwerden gegen Minister werden in einer besonderen Klasse hinterlegt.

Der Junge Wilhelm Steidl, Handelsvertreter in Prag, sagte über den Zeugen Čáner und dessen Auspruch aus, den Čáner vor dem Prager Prozeß getan haben sollte, er hätte nicht mehr ein derartiges Geschäft, daß er zwei Jahre nichts machen müsse. Dem vorgeladenen Zeugen Čáner teilte der Vorsitzende mit, seiner Aussage über den Umstand, daß er den Zeugen Miloš Haas nicht kenne, stehe eine Reihe von Zeugen entgegen, die erklären, daß Čáner und Haas einander gekannt haben. Im Verhör der beiden Zeugen wird am Nachmittag fortgeführt werden.

Am Nachmittag wurden unter Eid die neuen Zeugen Paul Volenta, der Besitzer eines Propagandabüros in Prag und Veit Minarik aus Prag, Handelsvertreter, einvernommen, die beide die Restauration „U Císku“ besuchten, wo sie des öfteren die Zeugen Haas und Čáner in einer Gesellschaft sitzen sahen. Minarik behauptet, Čáner habe erklärt, „Stridny würde gefangen genommen und in den Kerker gejagt werden.“ und weiters, daß Čáner aus diesem Grund mit Inzelsid zusammen Material gesucht habe.

Volenta erinnert sich an diese Kennerung nicht. Der neuerdings vorgeladene Zeuge Čáner erinnert sich ebenfalls nicht, daß er die angeführten Worte gesprochen haben soll. Bei der Konfrontierung mit Minarik stellte er den Auspruch über Inzelsid in Abrede. Der frühere Zeuge Miloš Haas bestätigte, daß er den angeführten Auspruch von Minarik gehört habe. Čáner wurde eine Reihe von Fragen betrefis der Frequenzierung in der Kleinlandwirtevereinigung vorgelegt, wobei Čáner auf seinen Ausagen beharrte, wenn auch der Verteidiger Dr. Kasin schriftliche Beweise diesem gegenüber vorlegte. Zum Schluß des Verhörs des Gerichtes, er möge sein Recht geltend machen und den Zeugen sofort im Gerichtsfoal verhaften und dem Untersuchungsrichter vorführen lassen, und zwar wegen des Verdachtes der falschen Zeugenauslage. Der Staatsanwalt teilt mit, er führe noch eine Reihe von Zeugen zu den Ausagen Čáners und schloß vor, die Abschriften der Ausagen Čáners mögen dem Staatsanwalt nach Prag überhandt werden. Der Vorsitzende gibt bekannt, er hätte bisher keinen Grund für die Verhaftung und Vorföhrung des Zeugen vor den Untersuchungsrichter, obwohl ein gewisser Verdacht wegen falscher Zeugenauslage vorhanden sei.

Der Weg zum Sozialismus und die Sozialdemokratie.

Otto Bauers Referat auf dem Wiener Parteitag.

Wir haben über den Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie bereits berichtet und bringen nachstehend noch einige Stellen aus der prächtigen Rede Otto Bauers.

Demokratie und Arbeiterbewegung.

Bei vielen unserer Genossen stehen wir heute auf ein skeptisches Verhältnis zur Demokratie, das deswegen im Augenblick gefährlich ist, weil die Verteidigung der Demokratie die wichtigste unter unseren nächsten politischen Aufgaben ist. Das dieses skeptische Verhältnis zur Demokratie entstanden ist, ist nicht erstaunlich. Es ist vor allem die Wirkung der ungeheuren Arbeitslosigkeit, der Verelendung verzwiefelter Arbeitslosenmassen darüber, was ihnen die Demokratie schuldig bleibt. Es ist die Wirkung der Ereignisse in Deutschland: der 20. Juli, der Tag, an dem die Regierung Schleicher-Papen mit einem Leutnant und drei Mann die preussische Regierung Braun-Covering auseinanderjagen konnte, war ein Tag, der den Glauben, das Vertrauen zur Demokratie in breiten Massen der Arbeiterschaft erschüttert hat. Das skeptische Verhältnis zur Demokratie ist aber auch eine Folge des Benehmens der Herrenklasse hier im eigenen Lande, die es geradezu darauf angelegt haben, der österreichischen Arbeiterschaft durch ihre Verwaltungspraxis zu demonstrieren, daß in dieser Demokratie nicht einmal die formale Rechtsgleichheit für den Arbeiter mehr gilt. (Lebhafte Zustimmung.)

sich keine Hand zum Schutz dieser Regierung gezeigt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Ich werde jetzt nicht untersuchen, wie das gekommen ist, im Laufe eines jahrelangen Prozesses, daß die Arbeiterklasse Deutschlands so zermürbt worden ist, daß sie schließlich nicht mehr instand gewesen ist, die Demokratie zu verteidigen. Die Genossen brauchen sich nur daran zu erinnern: Die Kommunisten haben jahrelang diese Regierung Braun-Covering als die Regierung des Sozialfaschismus bekämpft. (Lebhafte Zustimmung.) Als dann diese Regierung gestürzt worden ist, nicht von den Kommunisten, sondern von den Junkern, da haben die Kommunisten die Parole zum Generalkrieg ausgegeben. Aber nicht ein einziger Vertriebener hat gestreift, im ganzen weiten Deutschen Reich nicht, nicht einmal die Betriebe, in denen die Kommunisten die Mehrheit haben. Es war wohl auch zuziel verlangt von den Arbeitern, denen man jahrelang erzählt hat, daß die Braun-Covering Sozialfaschisten seien, daß sie dann plötzlich wegen der Ablegung dieser Sozialfaschisten in den Generalkrieg eintreten sollen. (Stürmischer Beifall.)

Genossen, das Entstehen dieser Stimmung ist also durchaus begreiflich, aber ich sage, diese Stimmung ist gefährlich, weil die Verteidigung der Demokratie gegen Reaktion und Faschismus im Augenblick unsere wichtigste Aufgabe ist.

Was lehren uns denn die Ereignisse in Deutschland? Viele Genossen sagen uns jetzt: Was die Demokratie wert ist, das hat man ja in Deutschland gesehen: ein Leutnant und drei Mann haben die von der Demokratie eingeleitete Regierung verjagt! Aber gibt uns der 20. Juli 1932 wirklich eine neue Erkenntnis? Oder ist es nicht vielmehr nur die Bestätigung einer sehr alten Erkenntnis, die wir österreichischen Sozialdemokraten immer gehabt und die wir in unserem Linzer Programm im Jahre 1926 formuliert haben? Haben wir nicht den österreichischen Arbeitern immer gesagt: die Demokratie kann ein Kampfboden des Proletariats, ein wirksames Feld, auf dem wir für proletarische Interessen und für sozialistische Ideen kämpfen können, nur dann sein, wenn ihr bereit seid, die Demokratie zu schützen gegen jeden, der sie gewaltsam angreift? Haben wir es nicht im Jahre 1926 vorausgesagt, daß die kapitalistische Bourgeoisie, die sich damals noch sehr demokratisch gebärdet hat, versucht sein werde, die Demokratie mit Woffengewalt zu sprengen und daß die Demokratie, daher nur dann sicher und nur dann für die Arbeiterschaft benutzbar sein werde, wenn die Arbeiterklasse der Gewalt, die die Demokratie sprengen will, ihre Gewalt entgegenzusetzen bereit ist?

Warum konnte am 20. Juli 1932 die preussische Regierung Braun-Covering von einem Leutnant und drei Mann weggejagt werden? Weil die deutsche Arbeiterschaft es hat geschehen lassen, weil

Unsere Genossen, die da an der Demokratie zu weiffeln begonnen haben, sagen uns aber auch etwas anderes. Sie sagen: Ja, wir verstehen, die Demokratie ist heute ein unentbehrlicher Kampfboden des Proletariats. Aber die letzten Entscheidungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die letzte Entscheidung über die Gesellschaftsordnung, die werde eben doch nicht mit dem Stimmzettel gefällt werden, sondern da werde doch nur die Gewalt entscheiden können. Ich glaube nicht, daß es viel Sinn hat, heute darüber zu streiten. Es ist ganz sicher: die letzte Entscheidung, die Entscheidung über die Expropriation der Expropriateure, die Entscheidung darüber, ob die konzentrierten Produktionsmittel dem Kapital gehören sollen oder dem arbeitenden Volk,

diese letzte Entscheidung wird sicher nur fallen können in einer revolutionären Situation. Ob eine solche revolutionäre Situation unvermeidlich die Demokratie sprengen muß oder ob vielleicht in einer revolutionären Situation die Demokratie auf demokratischem Wege der Arbeiterklasse die Macht in die Hand geben wird und die Bourgeoisie es in einer solchen Situation nicht mehr wagen können, sich der Entscheidung des Stimmzettels zu widersetzen, darüber zu diskutieren hätte heute nicht allumwelts Sinn. Wahrscheinlich wird das in verschiedenen Ländern und verschiedenen Situationen sehr verschieden sein. Wir aber müssen verstehen, daß wir heute leider nicht in dieser revolutionären Situation sind.

Wir sind in Mitteleuropa heute nicht in einer revolutionären, sondern vorläufig noch in einer konterrevolutionären Situation, und es ist notwendig, daß wir von hier aus den Hunderttausenden unserer Genossen klarmachen, was die Aufgaben in dieser Situation sind.

Für die Einheit des Proletariats!

Der größte Teil unserer Parteigenossen sucht nach den Mitteln, die die Machtverhältnisse ändern könnten, und darauf ist es wohl zurückzuführen, daß gerade jetzt der Gedanke der Einheitsfront des Proletariats, der Gedanke, daß man die Spaltungen innerhalb der Arbeiterschaft überwinden müsse, um die Macht für die Arbeiterklasse zu erobern, daß dieser Gedanke mit einer elementaren Gewalt unsere Parteigenossenschaft erfüllt hat. So weit die Einheitsfront des Proletariats überhaupt zu verwirklichen ist, ist sie in Oesterreich verwirklicht in der österreichischen Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Gewiß, es gibt Arbeiter, die links von uns und den Kommunisten stehen und es gibt viel mehr Arbeiter, die rechts von uns und den bürgerlichen Parteien stehen. Zu hundert Prozent ist die Identität einer Partei mit einer Klasse niemals verwirklicht und niemals zu verwirklichen. Aber sie ist im wesentlichen verwirklicht und man muß sagen,

führt. Das ist schon aussichtslos wegen der straffen Disziplin, der die einzelnen kommunistischen Parteien ihrer Internationale gegenüber unterworfen sind.

Es gibt in Wirklichkeit nach meiner festen Ueberzeugung nur einen Weg zur Einheitsfront des Proletariats im internationalen Maßstab, und das sind direkte Verhandlungen zwischen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Komintern. (Stürmischer Beifall.) Nur von Internationale zu Internationale, nur zwischen Jülich und Moskau kann die Einheitsfront des Proletariats gegründet werden.

Aber wir müssen uns fragen, ob der Augenblick reif ist, daß man mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg heute solche Verhandlungen einleiten könnte.

Wer die Verhandlungen und die Beschlüsse gelesen hat, die erst vor ganz kurzer Zeit das Exekutivkomité der Kommunistischen Internationale gefaßt hat; wer weiß, daß noch während der letzten Reichstagswahlen in Deutschland in einem Lebenskampf des reichsdeutschen Proletariats, das auf der einen Seite von den Baronen und auf der anderen Seite von Hitler bedrängt ist, die Kommunistische Internationale die Parole ausgibt: der Hauptschlag muß gegen die Sozialdemokratie geführt werden (lebhafte Pfuirufe), wer die vierundfünfzig oder fünfundsünfzig Thesen gelesen hat, die die russischen Kommunisten am 7. November, am fünfzehnten Jahrestag der Sowjetrepublik, ausgegeben haben, wo erst in der vierundfünfzigsten These von den Sowjets, aber in den ersten Thesen schon vom Verrat der Sozialdemokratie, die ungeschoren werden mußte, die Rede ist, der kann sich nicht darüber täuschen, daß weder und zum großen Schaden des Proletariats der Welt der Augenblick noch nicht reif ist. Ich bin überzeugt,

Dieser Augenblick wird kommen, weil sich die geschichtlichen Notwendigkeiten doch durchsetzen. Ich kann mir mancherlei vorstellen, wann und wie er kommen kann. In Deutschland, dem einzigen Land, wo es außerhalb Russlands eine wirklich große kommunistische Partei gibt, war ja eine Verhandlung bisher unmöglich, so lange von den beiden proletarischen Parteien die eine in den

Regierungen sah und die andere als Opposition den Regierungen gegenüberstand. Das ist aber jetzt vorbei. Genossen, unter dem Regime der deutschen Reaktion, das jetzt begonnen hat, werden beide Arbeiterparteien als Opposition der Regierung gegenüber stehen, und wenn sie einander noch so hassen, sie werden nebeneinander für dieselbe Sache kämpfen müssen. So bereitet die Geschichte selbst in Wirklichkeit die Korrektur weltgeschichtlicher Irrtümer vor. Ich weiß, daß es auch noch andere Möglichkeiten gibt. Die außenpolitische Lage der Sowjetunion hat sich in den letzten Monaten erfreulicherweise sehr gebessert und die Kriegsgefahr, die vor ein paar Monaten bestand, ist geschwunden. Aber wir täuschen uns nicht darüber, Genossen und Genossinnen, daß die ganze kapitalistische Welt diese Sowjetunion nur als einen Fremdkörper betrachtet und den ersten Augenblick benötigen wird zu einem Angriff auf die Sowjetunion.

Und ich bin überzeugt, daß der geschichtliche Augenblick für die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats im internationalen Maßstab dann gegeben sein wird, wenn die Sowjetregierung die Bundesgenossenschaft des gesamten Weltproletariats nicht wird entbehren können und wenn das Weltproletariat in diesem Augenblick seine Pflicht, die Bundesgenossenschaft ohne jeden Vorbehalt zu leisten, auch wirklich erfüllen wird. (Stürmischer Beifall.)

Und deswegen, Genossen, will ich zu diesem Problem der Einheitsfront, das gewiß nicht hier in Oesterreich entschieden werden kann, und von dem ich hoffe, daß wir es auf einer internationalen Konferenz, deren Einberufung ja das Büro unserer Internationale in Aussicht genommen hat, demnächst in internationalem Maßstab diskutieren werden, noch eines sagen: ich halte es für eine Illusion, wenn jemand glaubt, diese Einheitsfront im internationalen Maßstab heute verwirklichen zu können. Ich meine aber deshalb nicht, daß wir heute gar nichts tun können um ihre Verwirklichung vorzubereiten. Darunter verhebe ich folgendes: Glauben Sie nicht, daß ich jemals für eine unkritische Stellung, für die unkritische Verherrlichung alles dessen war oder sein werde, was in der Sowjetunion geschieht. Das Recht, mit den Augen des kritischen, marxistisch geschulten Historikers die Vorgänge in Rußland zu betrachten, dieses Recht werde ich mir immer wahren. Aber so wenig wir leugnen oder verfeinern wollen, was uns vom Bolschewismus trennt, so sicher müssen wir verstehen, daß jeder gewaltsame Sturz der Sowjetdiktatur in Rußland die Gefahr der blutigen Reaktion nicht nur für Rußland bedeuten würde. (Lebhafte Beifall.) Und das Zweite: wenn es der Sowjetregierung, wenn es der Opferwilligkeit und den Anstrengungen des russischen Proletariats schließlich doch gelingen sollte, die ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen das Sowjetregime ringt, zu überwinden, Schritt für Schritt die russischen Volksmassen in Stadt und Land zu höherem Wohlstand zu bringen, und das Regime, die sozialistische Produktionsweise in Rußland im Denken und Fühlen der heranwachsenden Generation so zu befestigen, daß es dann ohne Terror, ohne Diktatur behauptet werden könne —

wenn es der Sowjetregierung und den Anstrengungen des russischen Proletariats gelingen sollte, auf diesem Wege das russische Proletariat zu Wohlstand und zur Freiheit zu führen: dann bin ich überzeugt, daß ein solcher Sieg der Idee des Sozialismus in der ganzen Welt eine solche werbende Kraft geben würde, daß das kapitalistische System an diesem Siege zugrunde gehen würde. (Stürmischer Beifall.)

Das bedeutet nicht, Genossen, daß dann das Proletariat überall die russischen Methoden kopieren wird. Es wäre töricht, dies für möglich zu halten. Diese Methoden, die in der Geschichte, in der Struktur Rußlands begründet sind, können nicht in den anderen Ländern einfach nachahmung finden. Aber wir haben aus der Geschichte gelernt. Als die französischen Jakobiner im Jahre 1792 mit dem eisernen Besen der Diktatur den französischen Feudalismus hinausgefegt und damit der Sieg der neuen, damals der bürgerlichen Rechtsordnung in Frankreich gesichert hatten, da haben nicht die Liberalen und Demokraten der anderen Länder die jakobinische Diktatur nachgemacht, in keinem anderen Lande der Welt ist dann die Guillotine ansprachericht und Frankreichs Beispiel genau so nachgeahmt worden. Aber die französischen Jakobiner haben eine entscheidende Brekche in die feudale Welt geschlagen, und dann sind allmählich mit anderen Methoden auf anderen Wegen und unter anderen Bedingungen, die anderen Länder nachgefolgt.

Deswegen brauchen wir nicht unkritisch Stellung zum Bolschewismus zu nehmen, und zu allem, was in Rußland geschieht. Ich würde mich schämen, wenn ich nicht in mancher Stunde das Recht für mich in Anspruch nähme, auch die Stimme der Menschlichkeit, die Stimme der unerschrockenen Rechtswahrheit zur Sprache zu bringen, auch über die Dinge zu sprechen, zu denen schrankenlos Gewalt als ja nicht verfehlt. Aber wir sollen in der europäischen und internationalen Arbeiterschaft dieses Gefühl verbreiten, daß sich dort in Rußland

ein großes Stück des Schicksals des Sozialismus der Welt entscheidet und daß wir uns darum, trotz allem, was uns vom Bolschewismus unterscheidet, gegen jeden Angriff der kapitalistischen Reaktion vorbehaltlos auf die Seite der Sowjetunion stellen müssen. Für diese Auffassung

ist die österreichische Sozialdemokratie immer innerhalb der Internationale eingetreten — vor Hamburg und Marseille bis zu der Jülicher Exekution in der Zeit der Kriegsgefahr in der Marschroute. Das halte ich für die wirksamste Methode, die psychologischen Voraussetzungen der Einheitsfront vorzubereiten.

Das scheint mir unsere Aufgabe, das, was man heute für die künftige Herstellung der Einheitsfront des Proletariats auf unserer Seite, auf der sozialistischen Seite, leisten kann,

und ich möchte nur hoffen, daß sich auch auf der kommunistischen Seite Männer finden, die ebenso ehrlich sich darum bemühen, auch dort die psychologischen Voraussetzungen für die Einheitsfront zu schaffen. (Stürmischer Beifall.)

Es ist meine Ueberzeugung, daß wir am Abschluß der Geschichteperiode der Arbeiterbewegung stehen und am Anfang einer neuen. Ich bin überzeugt, daß der Sturz der zweiten englischen Arbeiterregierung und daß die Ereignisse der letzten Jahre, und insbesondere des heurigen Jahres im Deutschen Reich, das Ende einer ganzen Geschichteperiode und den Beginn einer neuen Epoche der internationalen Arbeiterbewegung bedeuten. Wir stehen am Beginn einer Zeit mit schweren langen Wirtschaftskrisen, die nur von kurzen Erholungsperioden unterbrochen werden, einer Zeit, in der positive Erfolge für die Arbeiterschaft schwer zu erreichen sein werden, wo die Arbeiterklasse vielmehr erfahren wird, wie eng die Schranken sind, die der Mechanismus der kapitalistischen Weltwirtschaft allem Aufstieg des Proletariats setzt, und daß es diese Schranken nicht anders überwinden kann, als indem es die kapitalistische Ordnung überhaupt überwindet. Ich sehe nicht den üblichen Gegenjag, den die Kommunisten gebrauchen und den auch manche Genossen verwenden, den Gegenjag zwischen Reformismus und revolutionärem Sozialismus. Ich glaube, daß der Klassenkampf um die kleinste Reform des Tages und der revolutionäre um die Umwälzung der ganzen kapitalistischen Ordnung nur zwei Seiten derselben Arbeiterbewegung und nichts einander Entgegengesetztes sind. Aber was ist, daß in Zeiten des wirtschaftlichen Aufstieges der Kampf um die kleinen Tageserfolge in den Vordergrund tritt in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges dagegen, in denen positive Erfolge nicht erreichbar sind, der Kampf um den Sturz des Kapitalismus in den Vordergrund treten muß. Erleben wir die Arbeiterklasse zur Erkenntnis: So wichtig uns jeder Kampf um jedes Wort in einem Paragraphen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist, so wenig das nur einen Augenblick lang vernachlässigt werden darf, täuschen wir uns darüber nicht, was in der kapitalistischen Gesellschaft die Grenze dessen ist, was wir können. Aber wer lebenden Blickes das beobachtet, was in der ganzen kapitalistischen Welt vorgeht, der braucht nicht kleinmütig zu werden.

Der Kapitalismus erlebt jetzt seine große Weltkrisenperiode.

Er zeigt jetzt der Welt, daß er nicht instand ist, und zwar in einer Zeit, die reich ist an Rohungsmitteln, an Kohlen, an Maschinen, an gelerntem Arbeitskräfte, an allem was man braucht, um alles Notwendige zu erzeugen, daß er in solcher Zeit nicht instand ist, Millionen und aber Millionen Menschen in der Welt vor dem allerschlimmsten Elend zu bewahren. Es gärt in den Arbeitslosenmassen in England, in Amerika und überall, und es gärt — und das ist nicht weniger wichtig — in den verelendeten Bauernmassen der Agrarländer. Es gärt in der Welt! Das letzte Wort aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus wird nicht die Reaktion abjulenken haben. Der Kapitalismus hat seine Stabilität verloren. Das Vertrauen ungeheurer Massen in der Welt zum Kapitalismus ist zerstört und kann nicht wiederhergestellt werden. Die politischen Wirren in der kapitalistischen Welt von heute sind nur Begleiterscheinungen des Auflösungsprozesses der kapitalistischen Weltwirtschaft. Gewiß, für uns in Oesterreich zunächst nur eine theoretische Erkenntnis. Wir wissen alle, das kann sich nicht hier in unserem kleinen Land entscheiden, wir wissen alle, wir können nicht allein vorstürmen, solange ringt um uns der Gürtel der kapitalistischen Reaktion um uns. Aber diese theoretische Erkenntnis ist wichtig, um Kleinmut und Verzweiflung in unseren Reihen nicht auskommen zu lassen, sondern unseren Genossen von diesem Vorzeile aus zu sagen: heute umgibt uns dieser furchtbare, dieser gefährliche Ring der Reaktion. Heute ruft die Welle des Nationalfaschismus vom Ausland auch in unser Land herein, heute suchen das die alten Herrenklassen auch hier auszunützen. Jetzt für den Augenblick, ist die Aufgabe die, daß wir in unserem Lande, was immer rings um uns geschieht, die Demokratie aufrechterhalten, sie verteidigen mit dem Einsatz der ganzen Kraft des Proletariats, damit die Arbeiterschaft sich bewahre die Freiheit des Wortes die Freiheit der Organisation, die Freiheit der Werbung, die Freiheit des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes, die Freiheit sich zu wehren, und die Freiheit, für eine andere Zukunft zu kämpfen. Wenn uns das mitten in der europäischen Reaktion gelingt, dann wird der Augenblick kommen, wo es die nahenden Stürme der Weltgeschichte möglich machen werden, die demokratische Form mit dem Inhalt des Sozialismus zu erfüllen. (Stürmischer minutenlanges Ich immer wieder erneuerter Beifall. Die Delegierten und die Gauleiter erhoben sich und bringen dem Redner begeistert Ovationen dar.)

Die fascistische Amnestie.

Kun ist das vom Faschismus erlassene Amnestiegesetz, das die endgültige Festigung dieses Systems und seine Eroberung gegenüber seinen Gegnern beweisen soll, herausgelassen, nachdem es in Mailand von Mussolini selbst und von der Weltpresse als unerhörtes Ereignis angekündigt worden war.

Die italienische Presse schreibt über die Amnestie, als ob es sich um den umfassendsten Gnadenakt handle, der in Italien je verkündet wurde. Aber, wie zu erwarten war, ist dies nur eine neue in der endlosen Reihe der Lügen zu Ehren des Faschismus. In Tat und Wahrheit betrifft die Amnestie (ganz abgesehen von der Nachkriegsamnestie von 1919) sogar die fascistischen Amnestien von 1922 und 1923 bei weitem jene, die jetzt verkündet worden ist. Aber 1922 und 1923 handelte es sich darum, die Verbrecher (und nur diesel) freizulassen, die für die fascistische „Revolution“ gearbeitet hatten und bei dieser Gelegenheit wurde die unerhörteste Rücksichtslosigkeit geübt. Heute handelt es sich aber um einen Gnadenakt und es genügt, sich den Anzeichen eines Edelmut zu geben, den wirklich zu betätigen man sich hätte.

Nicht ein einziges der hervorragenden Opfer unter den Hunderten, die das Sondergericht auf die Galereen geschickt hat, erhält seine Freiheit wieder. Eine Verfürgung ihrer Strafe um fünf Jahre — das ist alles. Vorausgesetzt, daß diese heroischen Kämpfer nicht noch andere Verurteilungen, wenn auch politischer Natur und leichter Art erlitten haben. Denn in diesem Falle gibt es nicht einmal eine Verkürzung der Strafezeit.

Man hat den Glauben erweckt, daß die ehemaligen Frontkämpfer, die im Felde ausgezeichneten und die Kriegsbeschädigten besondere Vergünstigungen erhalten werden — im Gegenteil: es gibt keine Sonderbehandlung jener Kriegsbeschädigten, die es gewagt haben, dem Faschismus zu trotzen. Und es verdient unterstrichen zu werden, daß gleichzeitig andere Dekrete jenen fascistischen Prätorianern, die während des Bürgerkrieges gewütet haben, alle möglichen Berufsrechte gewährt.

Die Amnestie wird nur jenen politisch Verurteilten von Nutzen sein, die nie hätten verurteilt werden dürfen, nämlich jenen, die nur deshalb verurteilt wurden, weil sie einen Aufbruch erlitten oder bei Sammlungen für die politischen Opfer einige Lire gegeben hatten. Man wird also nur einige Duzend jener Unbekannteren in Freiheit setzen — vorausgesetzt, daß man sie nicht sofort auf die Inseln schickt — die in keiner Partei gekämpft haben sowie einige Duzend junger Kommunisten oder Sozialisten. Aber die Kommunisten Terracini, Gramsci und St. causi, die Sozialisten und Republikaner Pertini, Bauer, Andreis und die Liberalen Vinciguerra und Rendi und alle jene anderen, die nur zu nennen zu lang wäre, werden noch fünf, zehn, fünfzehn und zwanzig Jahre lang im Gefängnis bleiben.

Das ist also die Amnestie, die hätte beweisen sollen, daß der Faschismus so weit gefestigt sei, daß er sich den Luxus leisten könne, großmütig zu sein.

Das gleiche gilt für die „Fuorusciti“, für die politischen Flüchtlinge.

Nicht eines der Verbrecher, die man beinahe allen „Fuorusciti“ zur Last legen kann, ist in die Amnestie einbezogen. Nicht das Verbrechen (denn nach Art. 269 des italienischen Strafgesetzbuches ist es ein solches), dem Ausland die Wahrheit über die Ereignisse in Italien nicht verschwiegen zu haben. Nicht das Verbrechen, sich gegen den König oder andere verfassungsmäßige Einrichtungen des Faschismus (Art. 290) ausgesprochen, noch das — im gleichen Artikel erwähnte — Verbrechen, die fascistische Justiz an den Pranger gestellt zu haben. Nicht das Verbrechen (Art. 302 bis 305), einfache antimonarchistische oder antifascistische Propaganda getrieben oder für die Durchführung dieser Propaganda Abmachungen getroffen oder Organisationen geschaffen zu haben.

Man hat die ausländische Presse glauben lassen, daß die Amnestie einen solchen Umfang habe, daß sie die „Fuorusciti“ praktisch vor die Wahl stelle, entweder nach Italien zurückzuführen oder aber durch ihr Verhalten den endgültigen Beweis dafür zu erbringen, daß sie durch verlässliche Beziehungen zu allen Feinden ihres Vaterlandes im Ausland festgehalten werden. Die Wahrheit ist das Gegenteil: die „Fuorusciti“ werden mehr denn je von ihrer Heimat ferngehalten, weil sie darauf beharren, diese von der Diktatur befreien zu wollen.

Oh, die „Fuorusciti“ werden dies nicht als eine Schande betrachten — ganz im Gegenteil. Aber was werden jene bequemen Demokraten in verschiedenen Ländern sagen, die nun anfangen, die politischen „unerwünschten Elemente“, die politische Streitigkeiten in ihr Land hineintragen „Gut zu bekommen“? Werden diese allzu bequemen Demokraten verstehen, daß der „Fuoruscitismus“ — man wird diesen neuen Ausdruck prägen müssen — die unvermeidliche Folge der Diktatur ist, die alle verfolgt, die sich nicht von ihr niedertreten lassen wollen? Es ist notwendig, daß die Demokratien aller dieser Länder zu den Maßnahmen Stellung nehmen, die die italienischen politischen Flüchtlinge von jeder Amnestie ausschließen. Man wird entweder für die Verfolger oder für die Verfolgten eintreten müssen. Es ist unmöglich, sich dem wie Pontius Pilatus zu entziehen und zu erklären, daß das was „in anderen Ländern“ vor sich geht, einen nichts angeht. Bei der Verteidigung der Freiheit gibt es keine Landesgrenzen.

„Freiheit den Menschen auf Erden, die guten Willens sind“ — das ist die Forderung, die heute notwendig wird. Die italienischen „Fuorusciti“ werden sie ausgeben und man wird sehen, wo sie keinen Widerhall finden.

Und zum Schluß eine weitere Bemerkung über die fascistische Amnestie. Es ist in ihr keine Spur einer allgemeinen Bestimmung vorhanden, die sich auf jene bezieht, die durch einen einfachen Verwaltungsakt auf die Inseln der Verdammten verbannt sind. Vielleicht werden dort individuelle Freilassungen vorkommen, aber gewiß nicht die fast restlose Befreiung der politischen Verbannten, an die man die ausländische Presse glauben machen will.

Rat Bojar vor den Geschworenen.

In der Verhandlung am Donnerstag wird zunächst das Verhör mit dem Angeklagten fortgesetzt. Bojar leugnet die Schuld an den übrigen, ihm von der Anklage zur Last gelegten Taten, wenn er auch den Empfang der betreffenden Gelder nicht bestreiten kann. Er erklärt, er habe die Beträge größtenteils Karafel für die Strafbewahrung gegeben, allerdings besitze er darüber keine Bestätigungen. Die Ausführungen Bojars werfen ein merkwürdiges Licht auf die Buchführung der ehemaligen Bezirksverwaltung Staab. Ein Geschworener gebrauchte den Ausdruck „türkische Wirtschaft“. Es kommt zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Sachverständigen und dem Angeklagten, der den von den Revisoren festgestellten Abgang nicht aufzuklären vermag. Die Sachverständigen hatten Mühe, die trodene und durch die Manipulationen Bojars komplizierte Materie den Geschworenen und den Richtern verständlich zu machen. Ihr Bericht umfaßt über 300 Seiten. Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung von Allen des Staaber Bezirksgerichtes, aus denen hervorgehen sollte, daß Bojar, den der Bezirk Wies auf Schadenersatz verklagt hatte, sein Vermögen seinen Verwandten in die Hände gespielt habe. Der Angeklagte behauptet, der Bezirk Wies habe keinen Schaden erlitten.

Gegen Mittag begann die Jüngereinnahme.

Als erster erscheint Josef Grundl, der Vorsitzende der ehemaligen Bezirksverwaltung Staab. Ihm ist von einer angeblichen Spekulation Bojars und dessen Auslandsreisen nichts bekannt. Es ist ihm an dem Angeklagten auch nie etwas Verdächtiges aufgefallen. Er erklärt, daß Bojar berechtigt war, selbst größere Beträge an Karafel auszugeben, aber natürlich nur gegen Empfangsbestätigung. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er Karafel einer Bestätigung für fähig halte, antwortete der Zeuge abschließend: „Ich halte ihn dessen nicht für fähig, ich habe allerdings auch Bojar dessen nicht für fähig gehalten.“ Der Zeuge gibt die Möglichkeit zu, daß er gewisse, von Bojar ihm vorgelegte Akten unterschrieben habe, ohne sie gelesen zu haben.

Amisdirektor Waiz wird wegen des dem Bezirk verkauften Schotterbrechers einvernommen. Er bestreitet, von Bojar 500 K als Spesenvergütung erhalten zu haben, während dieser auf seiner Behauptung beharrt.

Der Beamte der Staaber Sparkassa, Johann Stoll, erklärt, daß er Bojar auf dessen Ersuchen eine Empfangsbestätigung über 28.000 K ausgestellt habe. Den Betrag habe er aber nicht erhalten. Er hält es für ausgeschlossen, daß er an

Heilpflege für erkrankte Arbeitslose

Ein Entwurf des Gesundheitsministeriums in Vorbereitung.

Im Gesundheitsauschuß erstattete Gesundheitsminister Dr. Spina ein ausführliches Exposé über die in seinem Ressort vorbereiteten Gesetzentwürfe. Vor allem ist zu erwähnen, daß jenen Krankenhäusern und Heilanstalten, die eine ambulatorische Heilpflege auch für Arbeitslose einführen, eine Subvention aus den Erträgen der Sanitätsämter erhalten sollen. Ein Entwurf ist in Vorbereitung.

Der Minister befahte sich weiter mit den Maßnahmen gegen die Jochschmerzkrankheit „Vergstrauchheit“ und erklärte, daß auch ein Gesetzentwurf über die Neuordnung des Malzsteuerwesens sowie ein Entwurf über die Kruthäuterei, bzw. die Tötung eines Kindes bei der Geburt, in Vorbereitung seien. Weitere Entwürfe betreffen das Zahnärztengewerbe, Maßnahmen gegen die Tuberkulose, einen Baufonds für öffentliche Krankenhäuser und ein Bädergesetz.

Ueber das Exposé des Ministers wird die Debatte in der nächsten Ausschusssitzung abgeführt werden.

Dumping verschärft die Krise.

Die Judenrauhheit um einen Preis, der ungefähr ein Zehntel des inländischen Preises ausmacht, zeigt, wie das Dienstags-„Präso Lidu“ schreibt, bis zu welchem Maße das Ausfuhrdumping die Volkswirtschaft schädigt. Wir führen heute Zucker um 57 K für 100 Kilogramm ab Rußland, aus, der Nebenbauer bekommt mit Waid und Rot 10 K für 100 Kilogramm Waid und der Konsument muß für ein Kilogramm Zucker 6.40 K zahlen. Das alles nur deswegen, um den billigen Rohzucker niederzuzufuhrkieren und überhaupt Zucker auszuführen. Der heimische Konsum bleibt infolge der hohen Preise, die allein dieses Dumping

Das kann uns nicht überraschen: denn eine allgemeine Regelung der Lage der politischen Verbauten würde nicht erlauben, daß man, wie es sicherlich geschehen wird, manche von denen in die Verbannung schickt, die durch die Amnestie oder die Herabsetzung der Strafe befreit worden sind. Niemals war die öffentliche Meinung der Welt das Opfer eines früheren „Amnestiechindels“ als derjenigen, der heute vom fascistischen Regime ausgehebt worden ist. Den politischen Opfern wurden Versprechungen gemacht, aber gegeben wurde den Lieben, den Bankrotten, den Uebertretern aller fiskalischen, Finanz- und Zollgesetze.

Das ist die Wahrheit über die große Amnestie.

Karafel Geld ausbezahlt und daß Bojar, wie dieser behauptet, die Quittung unterschrieben hätte.

Domila Karnold sagte als Zeugin aus, daß sie seit April 1919 Kassierin der Bezirksverwaltung war und auch später die Buchhaltung geführt habe. Mit der Kassa habe sie nichts zu tun gehabt. Sie habe immer nach den Eintragungen in den Büchern auf einem Zettel den Kassastand aufgeschrieben, doch wisse sie nicht, ob der ausgewiesene Betrag in der Kassa vorhanden war, weil Bojar die Kassa immer allein kontrollierte. Der Sachverständige machte darauf aufmerksam, daß nach den amtlichen Vorschriften die Kontrolle dem Kassier und Buchhalter gemeinsam obliege. Die Zeugin erwiderte, Bojar habe ihr das nie gesagt. Auf die Frage des Sachverständigen erklärte sie, daß eine Buchung über 150.000 K aus der Kasse verloren ging und daß sie der Meinung war, dieser Betrag sei für Kommunikationszwecke verwendet worden. In Wirklichkeit habe sich jedoch Bojar diesen Betrag behalten und auch ein Buchlein angelegt.

Der nächste Zeuge Zimmermeister Josef Sábó berichtete, er habe von Bojar 28.000 K für verschiedene Arbeiten erhalten. Nach der Verhaftung Bojars habe er Karafel besucht und dieser habe ihm im Garten bei höchster Aufregung gesagt:

„Gut gut, was ich dir sage. Meine einzige Schuld besteht darin, daß ich 240.000 K als von Bojar empfangen gebucht habe. Ich habe dieses Geld aber nicht bekommen und deshalb auch gleich im Ausgang eingetragen. Merke dir das gut.“

Karafel hat sich dann schriftlich auf die Bank gesetzt und nach dem Weggehen des Zeugen erschossen.

Der Zeuge Josef Sallin, der Rechnungsführer bei der landwirtschaftlichen Bezirksvorherrschaft in Schönbach, ist, wie über die bei dieser Institution aufgenommenen Wechselanleihe des Bezirksausschusses im Betrage von 200.000 K einvernommen. Der Bezirk erhielt jedoch nur 180.000 K. Da die betreffenden Beträge nicht auffindbar sind, läßt sich nicht feststellen, auf welche Weise die 200.000 K, um die der Bezirk gekümmert wurde, abhanden kamen und wer bei der landwirtschaftlichen Kassa die 200.000 K übernommen hat.

Der Nachfolger Grundls als Vorsitzender der Bezirksverwaltung, Vinzenz Hochmann, wiederholte schon bekannte Umstände. Auch er hatte nie Verdacht geschöpft. Karafel hat sich mehrmals beschwert, daß er zu wenig Geld bekäme. Der Staatsanwalt erklärte um Protokollierung dieser Bemerkung. — Am Spätnachmittag wurden noch mehrere Mitglieder der früheren Bezirksverwaltung über einige weniger wichtige Einzelheiten einvernommen.

ermöglichen, zurück, der Anbau von Judenrauhheit muß Jahr für Jahr herabgesetzt werden. Nicht genug aber damit, daß man eine solche unbillige Politik beim Zucker betreibt, macht man jetzt beim Korn das gleiche.

In Hamburg wird tschechoslowakisches Korn gegenwärtig für 3.25 bis 3.89 holländische Gulden verkauft, d. h., man kann 100 Kilogramm uneres Korns in Hamburg um 45 K kaufen, bzw. nach Abzug der Transportkosten von Döschschwiger Hafen bis Hamburg und von Auslagen, wie Versicherung, Spesen und Zank für 37 K franko Holschowitz kaufen. Vergleichen wir damit die Preise auf der Bremer Börse, so gelangen wir zu dem überraschenden Ergebnis, daß Korn ins Ausland für ein Drittel des heimischen Preises verkauft wird. Dieses Verschleudern des Korns ins Ausland ist ganz und gar unbillig. Es zeigt den Wahnsinn kapitalistischer Wirtschaftspolitik. Wir halten im Inland die Preise von Zucker und Korn hoch, damit wir ins Ausland verschleudern könnten. Damit der Ausländer billigen Zucker und billiges Mehl hat, müssen die tschechoslowakischen Staatsbürger diese beiden Nahrungsmittel insbesondere den Zucker zu einem Stundpreis bezahlen. Man hungert die Inlandsbevölkerung aus, um die Produkte der tschechoslowakischen Wirtschaft ins Ausland halb zu verschleudern.

Der Ständige Ausschuh der Nationalversammlung

hieß am Donnerstag eine Sitzung ab, um einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Der bisherige Vorsitzende Malypetr hat infolge seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten auf sein, da ein Ministerpräsident mit der Mitgliedschaft im Ständigen Ausschuh unvereinbar ist. Die Neuwahl wurde mit Stimmzetteln vorgenommen. Von den 24 Mitgliedern waren nur 14 anwesend. Die Abgeordneten Beran und Raskata schlugen den neuen Parlamentspräsidenten Stanek zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses vor. Stanek wurde dann auch mit zwölf von 14 Stimmen gewählt und nahm die Wahl an.

Der Schutz des gewerblichen Eigentums.

Parlamentarische Verhandlungen einer Reihe von Vorlagen und Konventionen.

Prag, 16. November. In beiden Häusern der Nationalversammlung fanden heute Regierungsvorlagen in Verhandlung, die die Ratifizierung der Haager Abkommen vom Jahre 1925 über gewisse Änderungen an den bestehenden internationalen Konventionen zum Schutz des gewerblichen Eigentums, bzw. die Anpassung unserer Gesetzgebung an diese internationalen Normen zum Gegenstand haben.

Die internationalen Abkommen, die im Senat zur Verhandlung standen, betreffen den Schutz des gewerblichen Eigentums (Paris 1883), die Unterdrückung falscher Warenursprungsbezeichnungen (Madrid 1891) und die Bezeichnungen der Fabrik- und Handelsmarken (Madrid 1891), die alle zwei mehreremale, zuletzt im Haag, den geänderten Verhältnissen angepaßt wurden. Die letzten Haager Vereinbarungen konnte unsere Regierung bisher nicht ratifizieren, da erst unsere eigene Gesetzgebung diesen international vereinbarten Änderungen angepaßt werden mußte.

Kunmehr sind die diesbezüglichen Vorlagen bereits im Abgeordnetenhaus vorgelegt worden, so daß noch ihrer verfassungsmäßigen Verabschiedung, der Ratifizierung der Haager Beschlüsse nichts mehr im Wege steht. Die Ratifizierung ist sogar sehr wünschenswert, da erst durch sie das tschechoslowakische gewerbliche Eigentum (Muster, Erfindungen usw.) international den erhöhten Schutz, den die Haager Beschlüsse vorsehen, genießen wird.

Der Senat

genehmigte die Ratifizierungsklausel, ohne daß sich hierzu eine sachliche Debatte entspannen hätte, und nahm dann die gestern abgestimmten drei Gesetzentwürfe auch in zweiter Lesung an. Die nächste Renarzung wird auf schriftlichem Weg, voraussichtlich erst für die übernächste Woche, eintreffen werden.

Im Abgeordnetenhaus

standen außer den erwähnten Konventionen auch die drei Gesetzentwürfe auf der Tagesordnung, die unsere inländische Gesetzgebung in diesen Punkten den Haager Beschlüssen anpassen sollen. Dies soll durch die Abänderung verschiedener Bestimmungen über den Marken-, den Muster- und Modellschutz sowie über den Schutz der Erfindungen geschehen.

In den Vorlagen sprachen insgesamt sieben Referenten, die zumest darauf hinwiesen, daß über die heutigen Vorlagen hinaus eine gründliche Reform dieses ganzen tragischen Komplexes notwendig sei. Die Regierung hat dies auch im Notwendigen anerkannt und versprochen, die Vorarbeiten zu dieser Reform möglichst zu beschleunigen.

Die Debatte über die Vorlagen wurde nach Erhaltung der Referate auf morgen Freitag 10 Uhr früh vertagt.

Sitzung des Ministerrats.

Prag, 17. November. (Tsch. P. B.) In der Donnerstag, den 17. November, nachmittags stattgefundenen Sitzung des Ministerrates wurde vom Innenminister ein eingehender Bericht über die bedauerlichen Ereignisse in Polomka im Bezirk Brezno nach Pronem erstattet. In diesem Referate wurde insbesondere der Bericht der Sonderkommission angeführt, welche das Landesamt in Bratislava nach Gestein an Ort und Stelle entsandte. Der Ministerrat beschloß, das Referat zur Kenntnis zu nehmen, den besonderen Wirtschaftsverhältnissen dieser Gegend sorgfältige Aufmerksamkeit zu widmen und geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Mißbrauch der schweren Wirtschaftsiner zur Verleitung der Bevölkerung zu Handlungen unmöglich zu machen, deren Folgen es schwer zu beurteilen vermag.

Von der Tagesordnung der Sitzung wurden beraten und angenommen namentlich: der Gesetzentwurf über die Erneuerung der Wirksamkeit des Gesetzes vom Jahre 1930 betreffend die Protierung; der Gesetzentwurf über die Verlängerung des Gesetzes betreffend die Abgaben für Amtshandlungen in Verwaltungsangelegenheiten.

Ferner wurden gebilligt die Entwürfe zur Herausgabe folgender Regierungsverordnungen:

Der Entwurf der Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Gedenkbücher der Gemeinden, soweit es sich um die Slowakei und Karpatenland handelt, der Entwurf der Verordnung über die Regelung der Entlohnungsätze für die Vertretung durch Advokaten im Verfahren vor den Arbeitsgerichten und im Berufungsverfahren, der Entwurf der Verordnung über die Abgabe von der Ernennung zum Verwalter einer Konfuzmasse oder zum Ausgleichsverwalter und der Entwurf der Verordnung durch welche die diesjährige Novelle des Gesetzes über die Umsatzsteuer und die Zugsteuer durchgeführt wird, soweit es sich um einige formale Vorschriften, insbesondere um die Einbekennungsformulare handelt.

Nach dem Berichte aus den Beratungen der Wirtschaftsminister wurde weiterhin über aktuelle Wirtschaftsfragen verhandelt und insbesondere über die Erziehung eines Zündkapselgesetzes für die Verwertung der Zich Produktion gebilligt, wobei den Wirtschaftsministern aufgetragen wurde, die Bearbeitung der Detailbestimmungen der betreffenden Verträge und Abmachungen zu beenden. Ferner wurde im Sinne der Anträge der Wirtschaftsminister über Roggen-Interventionssonds und über die Gebühren für die Wassereinfuhr entschieden.

Tagesneuigkeiten

Des Muttermordes verdächt'g.

Jglau, 17. November. Der 31jährige Wirtschaftsprüfer Franz Andraß aus Stremčany und sein 62jähriger Vater Matthäus wurden in die Haft des Kreisgerichtes in Jglau eingeliefert. Franz Andraß steht im Verdachte, seine Mutter Josefa ermordet zu haben, ferner einige schwere Einbrüche und Brandstiftungen begangen zu haben. Sein Vater wird der Mithilfe an diesen Verbrechen beschuldigt. Die Untersuchung der Sicherheitsorgane begegnete großen Schwierigkeiten, da der Fall sehr kompliziert ist. Sie konnte erst jetzt nach dreiwöchiger Dauer beendet werden.

Großfeuer in Brünn.

Brünn, 17. November. Heute um 2 Uhr nachts brach aus noch unbekannter Ursache in dem in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs-Lager- raumes befindlichen Holzlager der Firma Kocel in Groß-Meseritsch ein Brand aus, an dessen Lokalisierung fünf Feuerwehren arbeiten. Auch die Feuerwehrentrale in Brünn wurde um die Entsendung einer großen Dampfspritze ersucht. Die Bahnobjekte sind nicht gefährdet.

Bier schwerbewaffnete Räuber

erbeuten hundert Mark.

Berlin, 17. November. Ein verwegener Ueberfall wurde, wie das „V.L.“ meldet, in der Nacht zum Mittwoch in Lantow verübt. Vier schwer bewaffnete Räuber drangen, mit Blendlaternen und Einbrecherwerkzeugen ausgerüstet, in die Wohnung des Bäckermeisters Schönfeld ein. Kurz nach drei Uhr wollte der Meister sich in seine Badstube begeben, die von der Wohnung durch einen langen Gang getrennt ist. Kaum hatte Schönfeld aber das Schlafzimmer verlassen, als er plötzlich in dem dunklen Gang auf zwei Männer stieß. Der Ueberfallene konnte sich den bewaffneten Männern gegenüber nicht zur Wehr setzen und wurde von ihnen nach dem Schlafzimmer zurückgeführt. Inzwischen waren aber noch zwei weitere Räuber hinzugekommen; sie suchten nun mit Blendlaternen das Zimmer ab und rissen die Frau und den Sohn Schönfelds aus den Betten. Auch das in einem anderen Zimmer schlafende Dienstmädchen wurde von den Banditen geweckt, und alle vier Personen mußten, nur mit den Hemden bekleidet, sich mit erhobenen Händen in eine Ecke des Wohnzimmers stellen. Während zwei der Vurschen bei ihnen mit schußfertigen Waffen Wache hielten, durchsuchten die beiden anderen die Zimmer nach Geld; insgesamt sind ihnen dabei etwa hundert Mark in barem Geld in die Hände gefallen. Schließlich forderten die Räuber ihre Opfer auf, sich ruhig zu verhalten und verschwand.

Auf der Spur

des Attentäters auf Rosemarie Boddin.

Berlin, 17. November. Das mysteriöse Verbrechen an der siebenjährigen Rosemarie Boddin, scheint seiner Aufklärung entgegenzugehen. Im Laufe des gestrigen Tages konnten Feststellungen gemacht werden, die eine Beschreibung des mutmaßlichen Täters ermöglichen. Kriminalkommissar Japke hatte in den Schulen des Berliner Nordens Nachfrage halten lassen, wps von den Kindern mit der Rosemarie Boddin in den letzten Tagen zusammen gespielt hatte. Daraufhin meldeten sich drei Mädchen, die der Polizei wichtige Feststellungen machen konnten. Die Kinder spielten mit der kleinen Rosemarie am vergangenen Mittwoch nachmittags gegen 5 Uhr in der Schwimmhalle Ecke Vorkingstraße, als ein etwa 25jähriger Mann auftauchte, der der kleinen Boddin eine Tüte mit Eulaphyssonbonsbons schenkte und sich bald darauf wieder entfernte. Am Freitag — dem Tage des Verschwindens der Rosemarie — spielte sich derselbe Vorfall an derselben Stelle ab. Der Mann schenkte dem Mädchen wieder eine Tafel Schokolade, sprach mit ihm einige Worte und verschwand dann. Auf dem Wege nach der elterlichen Wohnung wird dann der Mann vermußtlich dem alleingehenden Kind aufgelauert und es verschleppt haben. Nach diesem Vorfalle fahndet die Polizei, da er als Täter in Frage kommt.

Eine Fabrik stürzt ein.

Lodz, 17. November. (WAZ.) Die große Färberei der Firma Chytrzy Nachslg. wurde heute nachts durch einen Brand vollständig vernichtet. Auch einige benachbarte Gebäude mußten geräumt werden, da ein Uebergreifen des Brandes drohte. Die Fabrikmaner stürzten ein und zertrümmerten zwei Häuser, die von dreißig Arbeiterfamilien bewohnt waren. Bei dem Brande kam niemand ums Leben.

Drei Räuber hingerichtet.

Wollowist, 17. November. (WAZ.) Drei Räuber, die bei einer Plünderung ertrappelt wurden, wurden im summarischen Verfahren zum Tode verurteilt. Die Räuber hatten sich bei der Plünderung auch eines Mordes schuldig gemacht. Der Präsident der Republik verurteilt ihr Gnadengeßuch. Alle drei Räuber wurden heute morgens auf dem Hofe des hiesigen Gefangenenhauses hingerichtet.

Eisbrecher im Weißen Meer untergegangen.

Moskau, 16. November. (United Press.) Der Eisbrecher „Kummer 9“ ist verspäteten Nachrichten aus Archangelsk zufolge im Weißen Meer mit Mann und Maus untergegangen. Das Schiff hat am 24. Oktober Archangelsk verlassen, um einem anderen in Seerot befindlichen Eisbrecher beizustehen, und ist seither spurlos verschwunden. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde eine Woche später ein Rettungsboot der „Kummer 9“ mit acht Leichen geborgen. Von den übrigen vierzehn Mitglidern der Besatzung ist keine Spur aufgefunden worden.

Amy Mollison bricht den Rekord ihres Mannes.

Benguela (Westafrikanische Republik Angola), 17. November. (Reuter.) Die britische Fliegerin Amy Mollison ist heute hier gelandet.

Amy Mollison hat somit den schwierigsten Teil ihres Fluges, nämlich die sehr riskante Strecke über die Sahara-Wüste, zurückgelegt. Nach den aus Oman eingetroffenen Meldungen landete die britische Fliegerin, über deren Schicksal 30 Stunden lang keine Nachrichten vorlagen, nach einem nervenaufreibenden Flug über den afrikanischen Wüstenlandschaften Dienstag spät abends in der Stadt Gao im Französischen Äquatorial-Afrika. Die Fliegerin hat gegenüber dem Fluge ihres Mannes, dessen Flugrekord auf der Strecke London—Kapstadt sie brechen will, einen bedeutenden Vorsprung. Kapitän James Mollison erklärte, als er die Nachricht erhielt, daß seine Frau den gefährlichen Streckenabschnitt überflogen habe: „Das ist ausgezeichnet. Sie bricht tatsächlich meine Zeit.“ Die Flugstrecke beträgt 6255 Meilen und ist um 800 Meilen kürzer als die übliche Flugstrecke nach Südafrika.

Devisenverordnung und Not, Devisenverordnung und Luxus. Ein unerhörter Vorfall von Einheitslosigkeit wird durch die Tagespresse bekannt. In Südböhmen, im Bezirk Kaplitz, dessen arme Bevölkerung durch Saisonarbeit ihren Lebensunterhalt verdient, werden in den Wintermonaten Zwirnknöpfe genäht, zu deren Herstellung das Rohmaterial und auch das Geld für die Löhne aus Deutschland kommt. Infolge der Devisenverordnung können nun den Leuten die Löhne nicht ausbezahlt werden. Löhne, deren Höhe bei fleißiger Mitarbeit aller Familienmitglieder vierzig bis fünfzig Kronen wöchentlich beträgt! Streng muß man sein, denn die Zeiten sind hart! Und wer würde sich besser zur Erprobung der ganzen Strenge des Gesetzes und aller Verordnungen eignen als der kleine Mann und der Proletarier, der sozial Schwache? Andererseits aber sprechen die Schaufenster der großen Feinkosthandlungen eine Sprache, von einer Vereidlichkeit, die geradezu aufreizend wirkt, wenn man sieht, was da alles feilgeboten wird. Bei einem Gang etwa durch die Prager Straßen kann man Flaschen englischer Schnäpse sehen, die Flasche zu hundertneunzig Kronen; französischen Cognac zu 80.— bis 90.— Kronen, die teuersten ausländischen Schokoladen, die feinsten Kronenhummern, Whisky, irgend welche ausgezeichneten Rinderzungen in Aspik, die erst aus dem Ausland eingeführt werden mußten; alles ist da, was allerfeinst und zu höchstem Preis erstanden werden kann. Es gibt also in der Zeit der größten Not doch noch Menschen, die das alles bezahlen können, die mitten in den Jahren der beispiellosen Not, beispielloser Ueppigkeit fröhnen können. Für die Befriedigung der Luxusbedürfnisse dieser an Zahl geringen, aber starken Herrenschicht wird die Devisenverordnung offensichtlich von „Lebensnotwendigkeiten“ beeinflusst und werden die Valuten bewilligt, aber die Lohnansprüche der armen Saisonarbeiter in Kaplitz und vielleicht auch anderwärts werden gemessen mit dem Buchstaben des Gesetzes, ohne soziales Verständnis.

Autounfall des Brünner Bürgermeisters. Donnerstag um halb 8 Uhr stieß auf der Olmüher Straße vor Rousinov ein Personenauto der Stadt Brünn, in welchem der Brünner Bürgermeister Tomeš fuhr, mit einem Personenauto zusammen, das von der Straße aus Vojtice einbog. Bürgermeister Tomeš und sein Chauffeur kamen bei dem Zusammenstoß ohne Unfall davon und auch ihr Automobil wurde unbedeutend beschädigt. Der Infante des zweiten Autos, der Bahntechniker Scholofsky aus Vojtice, der in den Straßengraben geschleudert wurde, erlitt einen Beinbruch und wurde von einem Rettungsauto in das Landeskrankenhaus nach Brünn überführt. Auch der Chauffeur des Automobils wurde leicht verletzt; er konnte sich in häusliche Pflege begeben.

Ein mißlungener Postbenteub. Auf dem Bahnhof in Lützke ereignete sich um die achte Abendstunde ein frecher Raubanfall auf den Postboten, der um diese Zeit den Postbeutel mit Brief- und Geldsendungen zum Ambulanzwagen des gegen Pöden abgehenden Personenzuges brachte. Als der Postangestellte auf den Person getreten war, stürzte sich ein fremder Mann auf ihn und entriß ihm den Postbeutel, worauf er flüch-

tete. Obwohl man ihm sogleich nachsah, gelang es dem Räuber, in der herrschenden Dunkelheit zu entkommen. Inzwischen war seine Freude an dem Erfolg des Raubüberfalles wahrscheinlich verflücht, denn die an diesem Tage sonst fällige Geldsendung von nahezu 100.000 Kronen war diesmal ausgeblieben, so daß dem Diebe lediglich die gegen Prag abgehende Postpost in die Hände gefallen ist. Am folgenden Tage wurde ein etwa 40jähriger Mann, der der Tat verdächtig erscheint, in Pöden verhaftet, doch leugnet er, der Dieb gewesen zu sein.

Die Byron-Höhle eingestürzt. Die weltberühmte Byron-Höhle unweit von Spezia bei Porto Venere ist eingestürzt. Längere Zeit hindurch wurde bereits beobachtet, daß ewige Quellen, die von den Wänden der Höhle herniederrieselten, die Wände der Höhle beträchtlich beschädigt hatten und daß Einsturzgefahr besteht.

Jugungslid in Teßnig. In der Station Teßnig an der Dux-Bodenbacher Strecke ist Mittwoch, den 16. November ein Lastzug eingeleist. Die Strecke wurde verlegt und die Züge kamen mit großen Verspätungen in ihren Bestimmungsstationen an. So traf der um halb 9 Uhr abend in Bodenbach fällige Personenzug mit einer vierstündigen Verspätung ein. Der Sachschaden ist ziemlich groß. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden. Sonderbar mutete es an und wurde auch viel kritisiert, daß man die Passagiere einfach warten ließ, anstatt, wie es in solchen Fällen üblich ist, den Personerverkehr durch Umsteigen zu regeln. Auch das Freimachen der Strecke war ein Kapitel für sich. Aus Kosten kam ein Hilfszug, dem drei Arbeiter mit zwei Krampen und einer Winde entstiegen, die natürlich nicht viel anfangen konnten. Erst als ein Hilfszug von Bodenbach kam, wurde die Strecke freigemacht.

Zwei Häuser durch einen Brand vernichtet. In Theusing brach in der vierten Morgenstunde des Mittwoch im Hause 126 des Alois Sommer aus unbekannter Ursache ein Brand aus, der auch auf das Nachbargebäude des Antmachers Josef Klein übergriff. Beide Bauhilfen wurden, obwohl die Drischnerwehr alsbald auf dem Brandplatze erschien und die Löscharbeiten aufnahm, von den Flammen völlig eingeäschert. Dank der schnellen, nobligen Bitterung und der Windstille, blieb der Brand auf die beiden Objekte beschränkt. Hätten die Flammen bei Wind auf die nachstehenden Holzbauten übergegriffen, so wäre es zu einer Katastrophe großen Ausmaßes gekommen.

Die „Rusalka“-Uebersetzung nach Wien. Wir lesen in der „Radiozeitung“. Die Uebersetzung der Oper „Rusalka“ aus Prag durch die P. und findet nun, wie wir erfahren, definitiv 28. November um 18.50 Uhr statt. Bekanntlich sollte die „Rusalka“ am Benzelstog aus Prag übertragen werden. Die Programmerteilung war bereits getroffen, als in letzter Stunde aus politischen Bedenken die Absage erfolgte. Mit der am 28. November erfolgenden Uebersetzung ist nun die Debatte über diesen Fall, der besonders in der Tschechoslowakei vielfach kommentiert wurde, abgeschlossen.

Hilferleute in schwarzen Hemden. Wir lesen im „Südtiroler“. In den letzten Tagen sah ein gewisser Ständer in der Bar „Milano“ in Bozen (italienisches Tirol). Wöglich kamen zwei Hilferleute in schwarzen Hemden ins Lokal herein. Ständer sah sie von oben bis unten, wodurch sich die beiden beleidigt fühlten und ihn zur Rede stellten. Ständer gab darauf zur Antwort, man müsse sich solche Leute anschauen, denn man sehe nicht alle Tage einen Deutschen im Schwarzhemd. Die Hilferleute entfernten sich und bald darauf kamen zwei Dußsturbeamte, welche Ständer verhafteten. Als Grund wurde angegeben, daß er über Russolmi geschimpft habe. Tatsächlich hat Ständer kein Wort darüber gesagt und auch keine Beleidigung gegenüber den Hilferleuten geäußert, sondern seiner offenen Verachtung lediglich durch seinen Blick Ausdruck gegeben.

Ein seiner Reichsbahninspektor. In Magdeburg wurde der Reichsbahninspektor V. v. von der Kriminalpolizei unter dem dringenden Verdacht der Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Dem Verhafteten wird weiter vorgeworfen, an den bekannten Eisenbahnattentat: n auf der Braunschweig—Magdeburger Strecke beteiligt gewesen zu sein.

Ein großes Meteor. wurde am Sonntag, den 13. November 1933, um 17 Uhr 32 Minuten in der Nähe des Sternbildes des Großen Wagens beobachtet. Das Meteor leuchtete hell wie der Mond im ersten Viertel mit einem herrlichen weißen Licht und hinterließ eine Bahn. Die Erscheinung dauerte ca. zwei Sekunden an. Die Volkssternwarte auf dem Pettau bittet zufällige Beobachter, ihr einen Bericht über die Beobachtung der oben angeführten Erscheinung mit der Beschreibung der Bahn des Meteors, wenn möglich zwischen den Sternen, oder wenigstens mit der Anoahe der Bahn nach den Himmelsrichtungen, zukommen zu lassen.

Hungernde plündern Lebensmittelgeschäfte. Aus Frankenstein (Rhön) wird gemeldet, daß dort Erwerbslose einen Hungermarsch veranstalteten und einen Bäcker- und Fleischerladen plünderien. Als Ursache wird angegeben, daß den Erwerbslosen keine Unterstützung ausgezahlt werden konnte. Verhandlungen die diesbezüglich mit dem Bürgermeister, dem Landrat und den Unterstützungsmpfängern geführt wurden, verliefen ergebnislos. Die thüringische Naziregierung schickte ein Uebersallkommando aus Südburgheim nach Frankenstein.

Vom Rundfunk Herr Brauchs neue Rundfunkmoral.

Berlin, 17. November. Die heute in Kraft tretenden Neuen Richtlinien für die Sendungen des deutschen Rundfunk gliedern sich in zwei Teile. Im Teil I werden in sieben Punkten die allgemeinen Grundlätze mitgeteilt, es heißt in ihnen u. a.: Der deutsche Rundfunk dient dem deutschen Volke. Er wahrt christliche Gesinnung und Gesittung und die Achtung vor der ehrlichen Uebersetzung Andersdenkender (?). Er dient allen Deutschen innerlich und außerhalb der Reichsgrenzen. Es ist seine Pflicht, den Reichsgedanken zu pflegen. Das staatliche Denken der Hörer soll durch ihn gefördert und gestärkt werden.

Im Teil II werden auf Grund der allgemeinen Zielsetzungen die Einzelangaben angeführt. Zu der Behandlung der Politik im Rundfunk heißt es zum Schluß: Der Rundfunk dient keiner Partei (?). Politische Gegenstände sind sachlich zu behandeln, Werbung für Parteien und Bestämpfung von Parteien sind nicht zugelassen. Bestrebungen, die den Bestand des Staates gefährden können, sind vom Rundfunk ausgeschlossen. In auswärtigen Fragen ist der deutsche Standpunkt würdig zu vertreten. Beklebende oder herabsetzende Aeußerungen über andere Völker und Staaten haben zu vermeiden.

Die neuen Rundfunkbestimmungen legen die obere Leitung des deutschen Rundfunkwesens in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht in die Hände der Reichsrundfunkgesellschaft.

Empfehlenswertes aus den Programmen. Samstag.

Prag, 6.15: Gymnastik, 10: Blasmusik, 15: Kabarett, 18.25: Deutsche Sendung: Reportage von der Kunstausstellung des Urania-Radiobundes. — Brünn, 17: Frauenfunk, 18.25: Deutsche Sendung: Kabarett, 19.30: Oper. — Berlin, 19.25: Kleines Kabarett, 20: Hoffmanns Erzählungen. — Frankfurt, 21: Gefänge des 17. Jahrbunderts. — Hamburg, 22.30: Gemalto-Konzert. — Königsberg, 19: Balladen. — Langenberg, 20: Aus dem deutschen Opern, 22.35: Kammermusik. — Leipzig, 20: Verdi-Puccini-Abend. — München, 19.35: Rignon. — Wien, 18.10: Abende aus Alt-Wien, 19.50: Stücke für Saxophon und Klarinette, 22.25: Konzert.

Eisbrecherjagd über Dächer und Dachböden. In den Morgenstunden des Dienstag spielte sich in der inneren Stadt in Wien eine aufregende Eisbrecherjagd auf den Dächern ab. Der 27jährige unterständische Hilfsarbeiter Franz Wratows und der 24jährige Schulmacherschülze Rudolf Treiter stiegen sich im Keller der Gemeindefürsorge MittelstraÙe in der Josefingstraße ein und sprangen in der Nacht einige Schränke auf. Als sie morgens ertrappelt wurden, kletterten sie auf die Dächer des Häuserblocks Josefingstraße—Stefanplatz und konnten erst nach einer mehrstündigen mühen Jagd und nachdem gegen sie mehrfache Warnungsschüsse abgegeben worden waren, im Dachbodenraum eines der Häuser dieses Häuserblocks verhaftet werden. Ein Teil der Beute, die mehr als 300 Schilling beträgt, konnte zustandegebracht werden.

Mörder Militarismus!

12 Tote, mehr als 100 Verwundete sind das Ergebnis des Zusammenstoßes der gegen den Faschismus und seine Provokationen protestierenden Arbeiter und der gegen sie aufgebotenen Kräfte in Genf. Die Strafexpedition wurde von den Kommandanten der Genfer Garnison unter dem Auftrage des politischen Staatsdepartements unternommen, weil man aus Prestigegründen nicht zulassen wollte, daß am Sitz des Völkerverbundes die Arbeiter ihren unveröhnlichen Kampf mit den Faschisten auf der Straße ausfechten. Der Befehl zum Schießen wurde von dem in der Schweizer Geschichte nunmehr unsterblich gewordenen Hauptmann Favre gegeben, weil die Demonstranten zu wenig schnell den Platz räumten, als die Soldaten anmarschiert kamen und weil es einige Demonstrationen für zweckmäßig fanden, um allem Unheil vorzubeugen, einigen Offizieren und Soldaten die Waffen abzunehmen. Nicht die Soldaten begannen die Schießerei, weil sie bedrängt wurden, sie wären selbst dann, wenn sie wirklich angegriffen worden wären, instande gewesen, sich ihrer Faust ohne Waffen zu erwehren, aber der Militarismus ist mit dem Geist eines wilden Tieres ausgestattet, das jedem Lebewesen, dem es sich nähert, den Tod bringt. Es kennt keinen Schuldigen und keinen Unschuldigen, es kennt weder Kinder noch Greise, kennt weder Frauen noch Weiblose, kennt nur Feinde. So kam es, daß unter den Toten nur einer ist, der vielleicht aktiv an der Demonstration beteiligt war, alle anderen, die gemordet wurden, waren Kennerige oder zufällig in den Strudel der Demonstration gerissene Menschen, also selbst nach bürgerlicher Auffassung Unschuldige.

Einer der Toten aber wußte, warum ihn die Kugel, die sein Leben auslöschte, traf, daß unter den Rekruten, die man gegen die Arbeiter aufmarschieren ließ, daß unter ihnen sein Kind sei. Ob ihm die Kugel seines Sohnes erreichte? Wer vermag das mit Bestimmtheit zu behaupten! Aber daß überhaupt eine solche Annahme zur Geltung kommen kann, zeigt die grauenhafte Funktion des Militarismus zur Genüge. Der Zorn gegen den Vater, gegen ihn, weil ihm der Militarismus den freien Willen nahm, weil er zur seelenlosen Maschine wurde, die über Wunsch eines wiederum zur nutzbarsten Maschinerie gewordenen Offiziers zum Schießen bestimmt wird.

